

Posen-Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Nossle.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invaidendank“.

Nr. 790.

Donnerstag, 10. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespalte Petziske oder deren
Raum, Neffamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 4½. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Wirkungslose Drohungen.

Ein Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in deutschen Herzen," mit diesem geflügelten Worte aus dem Munde des Reichskanzlers antwortet man am besten auf die jetzt von verschiedenen Seiten lancirte Drohung, Fürst Bismarck werde Angesichts der Überhandnahme der liberalen Strömung Sr. Maj. dem Kaiser die Bildung eines klerikal-konservativen Ministeriums empfehlen und eventuell selbst zurücktreten.

In dieser Richtung äußerte sich erst jüngst die offiziöse „R. A. Z.“ in einer Erwiderung gegen die „Kölner Zeitung“; sie sprach den Liberalen insgesamt die Regierungsfähigkeit ab und ließ als gouvernementale Möglichkeit nur eine klerikal-konservative Koalition übrig. Eine zweite, wahrscheinlich authentische Kundgebung in dieser Richtung stellt das jüngst von uns erwähnte „Privatschreiben eines in Berlin wohlinformierten Mannes“ in der „Times“ dar. In diesem Schreiben findet sich u. A. der Passus:

„Was die innere Politik betrifft, so empfindet der Fürst die Abweitung, die er soeben (durch die Wahlen) empfangen, sehr scharf. Aber er wird sich weder hartnäckig noch schmollend benehmen, sondern gebildigt den Andeutungen sich fügen, welche ihm die letzten Wahlen gegeben haben. Vielleicht werden ihn die inneren Notwendigkeiten zu einem Wechsel seiner Politik nach einer auswärtigen Richtung hin veranlassen; aber Sie können versichert sein, er wird dabei viel Geduld und Ruhe zeigen und keinen offenen Kampf versuchen.“

Wir können uns nicht versagen, hier die treffenden Beurteilungen, welche die „R. A. Z.“ dieser auffälligen Kungebung beifügt, als Entrefilet folgen zu lassen. Das genannte liberale Organ schreibt:

„Wenn Fürst Bismarck den Andeutungen sich fügen wollte, die nach unserer Ansicht die letzten Wahlen gegeben haben, so müßte er die Metode und die Richtung seiner inneren Politik aufgeben. Er müßte auf das System verzichten, eine Partei durch die andere zu neutralisieren und durch eine Reihe ausgewählter Mittel den Parlamentarismus zu zerreißen. Das Volksbewußtsein, das mit solcher Kraft zu den Liberalen sich stellt, will dies System nicht mehr, es findet sich dadurch auf das Tiefste verletzt, und der nächste Ausbruch dieser Stimmung wird, wenn nicht Wandel geschieht, ein noch viel ungewölkterer, elementarer sein. Nach den Mittwohlungen der „Times“ sucht aber Fürst Bismarck die Andeutungen der Wahlen in ganz anderer Richtung. Wir können diese Mitteilungen nicht anders verstehen, als daß Deutschland und Europa mitgetheilt wird, die letzten Wahlen in stradirt den Reichskanzler mit unbundeiner Marschrute nach dem Vatikan. Wir müssen im Voraus einer solchen Darstellung auf das Entschiedenste widersprechen, sie fehrt den Sachverhalt vollständig um; es ist die Politik des Fürsten Bismarck gewesen, die im Jahre 1878 dem erstickenden Zentrum neues Leben gab, die dem Zentrum durch eine schauderlose Bekämpfung der Liberalen die Wahl freimachte. Das schauderlose welsische, polnische und protestantische Stimmen, ja jetzt selbst die Wahl von Sozialdemokraten ist auf das Verhalten d. r. konservativen Unterstüter der Regierung zurückzuführen. Die gemäßigte liberal-antiklerikale Mehrheit ist von dem Reichskanzler mit Aufsicht aus dem Parlamenten verdrängt worden. Wir halten den Ausfall der Wahlen geradezu für eine Warnung gegen das Beharren auf einem Weg, auf den Fürst Bismarck nach Darstellung der „Times“ durch die Wahlen gezwungen einlenken will. Die Veränderung der auswärtigen Politik, welche dem Fürsten Bismarck angeblich durch die Wahlen auferlegt wäre, könnte nur gegen Italien gerichtet sein. Was kann der Reichskanzler in dieser Beziehung dem Vatikan bieten und was kann er von ihm erwarten? Wer diesen Fragen nüchtern in das Auge sieht, der muß erkennen, daß hier jedes solide Fundament fehlt. Der Papst wird so wenig die bajuvarisch-partikularistischen als die ultramontan-demokratischen Stimmen zur unbedingten Gefolgschaft des Reichskanzlers machen können, von den polnischen und welschen Anhängern ganz zu schweigen. Ebenso wenig wird ein Hohenholz zwei der Andeutungen der „Times“ und der „Polit. Korresp.“ jemals den Papst auf Kosten Italiens erhöhen und stärken wollen. Eine Politik, die diese Thatsachen außer Auge ließe, würde nur zu Enttäuschungen und Misserfolgen führen; wenn sie Fürst Bismarck betrieben sollte, könnte es nur geschehen, um andere ernstlichere Bestrebungen dahinter zu verbergen. Aber gerade von dieser verborgenen und unklaren Haltung wendet sich das deutsche Volk und, wie die Wahlen zeigen, auch der Erfolg ab.“

Den ernsthafteren Kundgebungen, welche wir eben erwähnt haben, ist nun aber auch eine solche in der „Post“ gefolgt, welche sich wie das Satyrspiel nach der Tragödie ausnimmt, und welche unmöglich als offiziös betrachtet werden kann. Wir erblicken in ihr vielmehr den Aufruhr eines gepreßten konservativen Herzens. Der Ausfall des ersten Wahlganges und der bisherige Verlauf der Stichwahlen muß nämlich auch den konservativen Interessenpolitikern, welche schon hofften, die Errungenschaften von 1870 in ähnlichen Sinne ausbeuten zu können, wie einst ihre Väter diejenigen von 1813, schwer aufs Herz fallen. Insbesondere aber schwanden die Freikonservativen hin wie Schnee an der Sonne, und es ist daher nur zu begreiflich, wie der erwähnte Schmerzenschrei grade in der „Post“, dem diskredititesten Organ der diskreditirtesten freikonservativen Partei, Aufnahme finden konnte. Der Verfasser des betreffenden Artikels hat ohne Zweifel die weiter oben erwähnten ernsthafteren Kundgebungen benutzt, um aus ihnen einzeln Gebanken zu seinen Ausführungen zu entnehmen. Die letzteren selbst enthalten das tollste, widerprüchsvoile und hältloseste Zeug, was jemals dem deutschen Publikum aufgetischt worden ist. In diesem Artikel wird zuerst direkt mit dem Rücktritt des

Reichskanzlers und mit der Überlassung der Regierungsgewalt an ein klerikal-konservatives Ministerium gedroht.

Diese Drohung wird nun freilich wenig Eindruck machen. Zunächst glauben wir überhaupt garnicht an den Rücktritt des Fürsten Bismarck; denn stehn Neuerungen aus allerhöchstem Munde, sowie persönliche Ausgebungen des Reichskanzlers selbst entgegen. Sollte er aber wirklich zurücktreten, nun, so müßte das preußische und deutsche Volk — bei aller Bewunderung und Anerkennung, welche es dem Genie und den Verdiensten des Fürsten Bismarck zollt — eben jetzt schon versuchen, was es früher oder später doch wird thun müssen, nämlich sich ohne seine oberste Leitung zurechtzufinden. Geht der Reichskanzler selbst nach Canossa oder wirft er mißmutig die Zügel der Regierung der Perle von Meppen mit einer klerikal-konservativen Gefolgschaft zu, damit diese Koalition das Reich nach Canossa führe, nur damit der Liberalismus nicht die ihm in Deutschland thatsächlich gebührende Stellung erhalten, so wird nicht der legitere, sondern der Kanzler die Verantwortung hierfür vor der Nation und der Geschichte tragen. Das deutsche Volk hat schon stärkere Proben ausgehalten als die ihm angebrohte „Züchtigung mit ultramontanen Skorpionen“. Sollte schon der gewaltige Fürst Bismarck dem Anschwellen der liberalen Strömung nicht Stand halten wollen, so würden die nächsten Wahlen einem klerikal-konservativen Ministerium sicher den Garaus machen; denn daselbe hätte mit Bestimmtheit nur auf oppositionelle Volksvertretungen zu rechnen.

Wir theilen den Artikel der „Post“ weiter unten im Wortlaut mit. Derselbe ist lediglich auf die Stichwahlen gemünzt, soweit er aber auf dieselben noch einwirken kann, dürfte er höchstens die Folge haben, den konservativen und klerikal Kandidaten zu schaden; denn jeder vernünftige Wähler, welcher den Artikel liest, kann nur von dem einen Gedanken beeinflusst sein, daß der eventuellen klerikal-konservativen Mehrheit nach Thunlichkeit noch Abbruch gethan werden müsse.

Inzwischen wird es doch gut sein, einige der zahllosen Unwahrheiten, Entstellungen und Verleumdungen, welche der Artikel enthält, und welche theils gegen die Liberalen, theils gegen das deutsche Volk überhaupt gethan sind, an's Licht zu ziehen.

Der Eingang des Artikels bezeichnet, wenn auch in indirekter Form das unliebsame Ergebnis der Wahlen als die Frucht aller der „Vorheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidischen Verdächtigung, welche eine Bevölkerung von 45 Millionen ablagere, und deren Stichblatt der Reichskanzler sei“.

Dieses Kompliment werden sich die deutschen Wähler hoffentlich merken und das nächste Mal in wesentlich verstärkter Zahl auf die liberalen Kandidaten sich vereinigen.

Den Kunden wird Undank gegen den Kanzler vorgeworfen, denn „seiner Reichspolitik verdanken sie ihre Gleichstellung“; bisher ist diese Reichspolitik bis zum Jahre 1879 und namentlich das „Emporkommen der Juden“ von konservativer Seite stets den Liberalen zum Vorwurf gemacht und in die Schuhe geschoben worden.

Der deutschen Presse wird vorgeworfen, daß sie den Reichskanzler mit geringen Ausnahmen „politisch und persönlich anfeinde, seine Absichten verleumde und die Wähler, welche sich z. Th. auch noch durch eigene Feindschaft bestimmen ließen, verführte“. Nach diesem Aussprache besteht das deutsche Volk aus zeitungsschreibenden Lügnern und zeitunglesenden Schwachköpfen.

Die Liberalen werden wieder einmal als Republikaner bezeichnet, ein Unsinne, der schon zu oft widerlegt wurde, als daß er sammt der Tendenzphrase vom „monarchischen Prinzip“, welche in allen Reaktionsepochen eine große Rolle spielte, einer eingehenderen Betrachtung bedürfte.

Das Emporkommen des Zentrums wird dem Liberalismus zur Last gelegt, während doch Federmann weiß und alle bekannten Thatsachen es beweisen, daß die Politik des Kanzlers, nur um dem Liberalismus keine Konzeption machen zu müssen, wenn auch nicht absichtlich, so doch faktisch das Zentrum gefördert und zu seiner heutigen Bedeutung gebracht hat.

Der Artikelschreiber der „Post“ wirft dem deutschen Volke ferner die Anklage in's Gesicht, nur im Auslande sei dem Reichskanzler für seine Leistung auf dem Berliner Kongress Anerkennung widerfahren, und damals habe ihn nur das ehrenvolle Vertrauen Europas bewogen, im Amt zu bleiben; in Deutschland habe er damals und ebenso für seine sonstigen Verdienste um den Weltfrieden und um Deutschlands Machtstellung keinen Dank gefunden. Die deutsche Nation ist demnach 1.) lügnerisch, 2.) schwachköpfig, 3.) undankbar.

Weiter: Dem Artikel der „Post“ zufolge findet — diese Anklage lehrt zum zweiten Male wieder — der Reichskanzler in Deutschland keine andere Anerkennung, als daß ihn „fast die gesamte deutsche Presse — mit verschwindenden Ausnahmen —

mit Beleidigungen und Verdächtigungen der niedrigsten Art verunglimpt“. Der Verfasser des betreffenden Artikels scheint demnach die gesamte anständige deutsche Presse, soweit sie liberal ist, seit 1867 nicht gelesen zu haben. Er könnte sonst eine so unerhörte Verleumding nicht aussprechen.

Preußen „monarchisch und dennoch zugleich nach den Grundsätzen der Fortschrittspartei (soll heißen des Liberalismus) zu regieren“, wird für unmöglich erklärt, da er könne nur das Zentrum die Erbschaft Bismarcks antreten.

Der Liberalismus strebt bekanntlich nichts an, als den Inhalt und Geist der zu Recht bestehenden preußischen und deutschen Verfassung zur vollen praktischen Geltung zu bringen und die verfassungsmäßige Kompetenz der Volksvertretung aufrecht zu erhalten. Darum soll er regierungsunfähig und sollen seine Grundsätze mit unserer Monarchie unvereinbar sein. Vereinbar mit der letzteren wären dagegen die Prinzipien des Zentrums, mit anderen Worten also diejenigen des Syllabus.

Aus diesen Worten spricht einzig und allein ein grenzenloser Hass gegen den Liberalismus, wie er sich nur im Herzen eines in seinen Hoffnungen getäuschten kleinen Interessenpolitikers anhäufen konnte. Man denke sich doch die einzelnen wichtigen Fragen unter klerikalem Regime, z. B. unsere Schulfrage! Und ein solches Regiment, welches sicherlich unhalbar wäre, sollte wirklich in Frage kommen können, nur weil die Wähler dem Fürsten Bismarck persönlich nicht plain pouvoirs sans phrase ertheilen wollen? Hält man mit den Äußerungen des Artikelschreibers der „Post“ Anderes, z. B. die Vorgänge in Breslau zusammen, so wären nach konservativer Überzeugung mit unserer Monarchie wohl die Prinzipien der Junker, herrschsüchtiger Priester, der Jesuiten und Ultramontanen, ja sogar der Sozialisten, einzige und allein nur nicht die des geordneten, gesetzestreuen, liberalen Bürgerthums vereinbar. Welcher Wahnsinn!

Die Liberalen haben heute für sich freilich noch nicht die Majorität; sie könnten sie aber morgen haben, sobald Fürst Bismarck wollte, wie sie dieselbe zweifelsohne in naher Zukunft haben werden, auch wenn er nicht will. Er könnte diese Mehrheit morgen herstellen; denn die Freikonservativen folgen fast den Liberalen, und die Deutschkonservativen, deren Mehrzahl nach weit verbreiteter Überzeugung Gendarm und Landrat „den lebendigen Odem eingeblasen“ hat, würden von der Bildfläche verschwinden, sobald Fürst Bismarck winkte, wie schon einmal.

Von einem Zugang zum Pakten mit dem Zentrum, welches doch — das steht über jedem Zweifel — weder dem Reiche noch dem Fürsten Bismarck persönlich gewogen ist, kann also keine Rede sein.

Auch diese Behauptung, wie die anderen des „Post“-Artikels, soweit sie gegen den Liberalismus gerichtet sind, ist unwahr, der ganze Artikel ist eine aus ohnmächtiger konservativer Wuth entsproßene Injektion gegen das deutsche Volk. Es wird genügen, ihn niedriger gehängt zu haben, um sowohl die Stichwahlen vollends zum Vortheile der Liberalen zu wenden, als auch ihnen im Volke überhaupt mächtigen Zuwachs zu verschaffen.

Die parlamentarische Lage.

Unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts sind engere Wahlen so lange unvermeidlich, als die politische Entwicklung der Nation nicht dahin gesangt ist, daß die großen Gegensätze von liberal und konservativ die Wahlen beherrschen. Je zahlreicher und unversöhnlicher die einzelnen Parteien sind, um so zahlreicher sind auch die Stichwahlen. Bei den früheren Wahlen sind diese Missstände theilweise wenigstens paralytiert worden, weil der Kampf einmal gegen die ultramontane und dann gegen die sozialdemokratische Partei politisch fernstehende Parteien eingegangen. Die Verhandlungen mit der Kurie auf der einen, die sozialpolitischen Anläufe der Reichsregierung auf der anderen Seite haben dieses Band gemeinsamer Gegenläufe gelöst. Am 27. Oktober haben, von einzelnen erfreulichen aber lokalen Ausnahmen abgesehen, sieben politische Parteien oder Parteigruppen — Volkspartei, Fortschritt, Sezession, Nationalliberale, Deutsche Reichspartei, Deutschkonservative und Zentrum — und drei antinationale: Franzosen, Dänen, Polen, endlich auch noch die Sozialdemokraten um die Stimmen der Wähler geworben. Die Folge dieses Wahlkampfs war die Notwendigkeit von nicht weniger als 102 Stichwahlen von 397. Bei früheren Wahlen konnte man das Resultat der Hauptwahlen als im Großen und Ganzen ausschlaggebend ansehen; dieses Mal hängt das Zustandekommen einer Majorität von dem Ausfall der Stichwahlen ab. Die Regierungspresso hat sich beeilt, aus dem Wahlergebnis vom 27. Oktober den Schluss zu ziehen, daß die Regierung weniger als je erwarten dürfe, die von ihr geplanten wirtschaftlichen Reformen mit Hilfe der liberalen Partei durchzuführen; sie fügt jetzt, nachdem die Parteistellung

der definitiv gewählten 295 Mitglieder bekannt ist, das weitere Einigungsversuch hinzu, daß erst die Stichwahlen darüber entscheiden werden, ob selbst im Falle der Gleichheit des Zentrums, die Regierung zu unterstützen, Konservative und Zentrum die Majorität erlangen. Sie berechnet die Zahl der Mitglieder der Opposition, Liberale, Welsen, französische Protektoren eingeschlossen, auf 125, die Mitglieder des Zentrums und der Konservativen auf 170 und kommt dann zu dem Resultat, daß die letzteren 29 Stimmen, die ersten aber 75 Stimmen bei den Stichwahlen gewinnen müssen, um über die absolute Majorität im Reichstage (199) zu verfügen. Ob Konservative und Zentrum Aussicht auf einen Zuwachs von 29 Stimmen haben, ist nicht zu sagen. Von den 13 Stichwahlen, deren Ergebnis bisher bekannt ist, kommt dem Zentrum nur eine (München I.) zu Gute, elf der „Opposition“ (darunter 4 Sozialdemokraten). Aber selbst wenn Deutschkonservative, deutsche Reichspartei und Zentrum in dem neuen Reichstage eine nominelle Majorität erringen, wird für wesentliche Theile des Regierungsprogramms, z. B. für das Tabaksmonopol, eine Majorität ebenso wenig zu beschaffen sein, wie für die bekannten staatssozialistischen Experimente. Zudem aber haben schon die Vorgänge in der letzten Session des Reichstags den Beweis geliefert, daß in wichtigen Fragen — wir erinnern nur an die Diäten für den Volkswohlfahrtstrath — das Zentrum nicht geschlossen für die Politik des Reichskanzlers eintritt, so daß die konservativ-klerikale Majorität sich in dem neuen Reichstage noch mehr als in dem früheren als zu positiven Leistungen unfähig erweisen dürfte. Über die nominelle Majorität verfügten die Konservativen und Ultramontanen auch in der letzten Session des Reichstags; wenn sich als Resultat der Neuwahlen eine Schwächung dieser beiden Parteien herausstellen sollte, so läge darin eine eigenthümliche Illustration der Kniebeugungen, mit denen die Gouvernementalen und Konservativen jetzt das Zentrum beeindrucken. Ob auf Herrn Windthorst und seine Freunde die offiziöse Drohung, ein Zusammengenhen des Zentrums mit den Liberalen werde die Auflösung des Reichstags notwendig machen, irgend einen Eindruck machen wird, wissen wir nicht; die Liberalen schrecken vor einem nochmaligen Appell an die Wähler nicht im Mindesten zurück, da in immer weiteren Kreisen die Überzeugung durchdringt, daß die Ergebnisslosigkeit der parlamentarischen Verhandlungen die notwendige Folge einer Zusammensetzung des Reichstags ist, in welchem die liberale Partei sich darauf beschränken muß, das Bestehende zu vertheidigen. Die Wahlen vom 27. Oktober haben ihr diese Aufgabe jetzt schon wesentlich erleichtert. Für den Mangel an positiven Leistungen werden die Wähler nicht die Liberalen, sondern die Konservativen und Ultramontanen verantwortlich machen, um deren Bundesgenossenschaft der Reichskanzler sich zur Zeit bewirbt.

Der Reichskanzler,

so schreibt die *Poetische Zeitung*, wir hoffen, um dem Vaterlande zu dienen, der Kaiser über die zukünftige Gestaltung der Regierung Bericht zu halten. Wie wir hören, soll der Reichskanzler gehabt haben, er wäre es müde, das Stichblatt für alle Bosheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidische Verdächtigung zu sein, welche eine Bevölkerung von 45 Millionen ablagerte. Der Undank der Juden, die gerade seiner Reichspolitik ihre Gleichstellung verdanken, wird ihn vielleicht weniger trüben, als die That, daß die große Majorität der deutschen Presse ihn politisch und persönlich anfeindet und seine Absichten verleumdet, und daß die Mehrzahl der deutschen Wähler sich durch eigene Feindschaft oder durch wahrheitswidrige Agitationen bestimmen läßt, Gegner zu wählen, mit welchen eine Konsolidierung des Reiches und des monarchischen Prinzipiums unmöglich ist.

Aus solchen Gegnern wird dem Anschein nach die Majorität des neuen Reichstages bestehen. Freilich ist sie nicht homogen, und nur in

der Opposition gegen die Regierung übereinstimmend; die größere Hälfte strebt partikularistisch-föderalistischen, die geringere republikanischen Regierungsformen zu. Beide finden sich einstweilen in dem Bestreben, die jetzige einheitliche und monarchische Gestaltung unseres Vaterlandes zu befähigen; aber eine Regierung zu bilden, wenn die gegenwärtige zurücktritt, sind sie weder einzeln noch gemeinsam im Stande: ihre Bestrebungen fallen ins Bodenlose, sobald die jetzige Regierung ihnen das Feld räumt.

Dank des von den Nationalliberalen dem Fortschritt an vielen Stellen gebrachten Opfers des Intellekts und Dank der allgemeinen seitens der Eritter an den Fortschrittlern geübten Schleppverträgeregierung ist nicht nur auf Kosten der Mittelpartei die radikale wesentlich angewandt, sondern auch das Zentrum mit seinem Anhänger jetzt zur mächtigsten Partei im Reichstage geworden, und das Wort, welches der Kanzler im vorigen Jahre von der Tribune des deutschen Reichstages sprach: „Fortschritt und Freihandwerken meinen Nachfolger vielleicht dem Zentrum in die Arme treiben“, scheint sich schneller verwirklichen zu sollen, als selbst Pessimisten bisher befürchteten.

Der Reichskanzler hat bei der Ausfertigung, von welcher wir im Eingange sprachen, mit Niedergeschlagenheit anerkannt, daß die Aufgabe, das deutsche Volk der Einheit oder auch nur der Einigkeit weiter zu führen, an der er seit seines Lebens mit ganzer Hingabe gearbeitet habe, seine Kräfte übersteige. Er würde nicht daran denken, sich der Fortsetzung derselben zu entziehen, wenn er zehn Jahre jünger wäre und noch so rüstig, wie nach Beendigung des französischen Krieges, oder wenn er in der Zustimmung der Mehrheit seiner Landsleute Stärkung und Bestand fände. Ohne diesen, und erschöpft durch nunmehr 30jährige verantwortungsvolle Arbeit in der großen Politik glaubte er seinen Pflichten gegen sein Vaterland genügt zu haben und halte sich berechtigt, eine undanbare Aufgabe anderen Händen zu überlassen. Schon zur Zeit des Berliner Kongresses glaubte er seine Leistungsfähigkeit erschöpft zu haben, und nur in dem ehrenvollen Vertrauen, welches das gesammte Europa in ihn setzte, fand er die Ermuthigung, die ihm gestellte Aufgabe durchzuführen. Im Auslande ist ihm hierfür mehr Anerkennung geworden als in Deutschland, wo außer bei Seiner Majestät dem Kaiser wir im ganzen Volke keine Spur einer Anerkennung wahrgenommen haben, ähnlich der des englischen Volkes für Lord Beaconsfield: „peace with honour“; mit diesen Worten hat das dankbare englische Volk seinen vom Kongress befehlenden Premierminister jubelnd begrüßt. Wir haben nicht nur Frieden mit Ehren und damit das höchste Gut eines großen Kulturvolkes, sondern Frieden mit Glanz und Macht gehabt. Naßlos hat Fürst Bismarck seit 1871 daran gearbeitet, uns vor neuen Kriegen und feindlichen Koalitionen zu bewahren, und wer nur die entfernteste Ahnung von der europäischen Politik dieses Zeiträums hat, weiß, daß die Abwendung der uns wiederholt bedrohenden Gefahren von außen seinen Rathschlägen zu verdanken ist. Es ist ihm vergönnt gewesen, den langjährigen Vater mit Österreich dauernd bezulegen, ohne die russische Freundschaft zu verlieren, und so Deutschland über die seit 1866 drohende Gefahr übermächtiger Koalitionen gegen uns hinwegzuleiten.

Dieser, nach unserer Meinung größte, weil schwierigste Dienst, den Fürst Bismarck Deutschland geleistet hat, wird vielleicht in späteren Zeiten anerkannt werden; einstweilen findet er in Deutschland keine andere Anerkennung, als daß fast die gesammte deutsche Presse — mit verschwindenden Ausnahmen — den einzigen erfolgreichen Politiker, den Deutschland seit Menschenalter gehabt hat, mit Beschimpfungen und Verdächtigungen der niedrigsten Art verunglimpt.

Daß der Reichskanzler nach dem Ausfall der jetzigen Wahlen es müde geworden ist, sich mit Unverständ und Bosheit herumzuschlagen, ist mit Unverstand und Bosheit herumzuschlagen. Wachden Gründsägen des Parlamentarismus würde die Majorität, vor welcher er zurücktritt, die Nachfolge zu übernehmen haben; indessen Fortschritt und Zentrum können zwar gemeinsam opponieren, aber nicht gemeinsam regieren. Es ist daher notwendig, wenn der Kanzler den Versuch erneuert, die Zustimmung des Kaiser zu seinem Rücktritt zu gewinnen, daß sein Nachfolger zwischen diesen beiden oppositionellen Richtungen optire. Bei der Unmöglichkeit, Preußen monarchisch und dennoch nach dem Grundsägen der Fortschrittspartei zu regieren, kann diese Option nur zu Gunsten des Zentrums und des Bestrebens ausfallen, unter Mitwirkung der katholischen Partei eine regierungsfähige Majorität zu bilden. Der langjährige Kampf, welchen Fürst Bismarck in Vertretung der Staatsinteressen mit dem Zentrum zu führen gehabt hat, läßt hierzu andere, an den Kämpfen der Vergangenheit unbeteiligte Personen, welche den Idealen der „Germania“ mehr entsprechen, ge-

eigneter erscheinen, als den jetzigen Reichskanzler, der diesen Kanzler gestützt auf die früher so große nationalliberale Partei, geglaubt haben zu können, ihn aber aufgeben mußte, als nach dem Ausfallen der Verhandlungen mit Herrn von Benckendorff die liberale Partei ihn im Stich ließ (!!). Nachdem dieselbe die Führung an die radikaleren Elemente übertragen hat, ist damit der Weg, welcher der Regierung bis 1871 schwebte, ungängbar geworden; beim Einschlagen neuer Wege dürfte die Verantwortlichkeit besser an einen Staatsmann übertragen werden, welcher die Antecedenten des Reichskanzlers nicht hat.

[Utrum montane Liebeswerben.] Unter dem Titel „Die neuen Wahlen und die Wirthschaft und Sozialreform“ enthält die „Germania“ einen beachtenswerthen Artikel, der freilich in seiner Spitze gegen Liberalen gelehrt ist, allein dies ist wohl nur aus lieber Gewohnheit geschehen. Im Uebrigen haben die recht verfassenden sachlichen Grörterungen des Artikels mit Liberalismus in Wahrheit garnichts zu thun. Der Artikel führt mit Gewissen, daß die Wahlen vom 27. Oktober keineswegs die bestreiteten positiven sozialpolitischen Gesetzgebung; ganz von der Überzeugung freilich sind, was die „Germania“ geschieht verschweigt, auch die Liberalen erfüllt, und sie haben in jedem Sinne sich stets ausgesprochen. Der Artikel lautet folgendermaßen:

„Fürst Bismarck hat in seiner großen Rede über das Unfallversicherungsgesetz als Ziel aller seiner Versicherungsgedanken für Arbeiter bezeichnet

eine Organisation, nach welcher die Erwerbsfähige, die ihre Arbeiter verloren haben, in sich fortwirksame Genossenschaften bilden, welche ihrer Prämien in sich aufbringen, und welche durch die genügende Kontrolle über ihre Mitglieder den Gewerkschaften mit denselben wenig Lasten erwachsen, mit anderen Worten, daß man das Interesse der mitzahlenden Mitglieder nötigen zum Wächter der Zweitmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht.

Dieser Gedanke der Bismarckschen Reichstagsrede ist durchaus richtig. Wie für ein Unfallversicherungsgesetz — gleich der Reichstagsession — auch in dem neuen Reichstage sich folgende Majorität finden würde, so würde auf der vom Herrn Reichskanzler durchaus richtig bezeichneten Grundlage korporative Gewerkschaften für Arbeiter und Gewerbeleute, ja der Staat eine starke Kontrolle und eine Sicherheitsgarantie übernehmen könnte, auch der Arbeiterversicherung für Alter und Krankheit rubig und sicher treten können. Schon vor zwei Jahren hat sich ja für die Gewerkschaften einer obligatorischen Versicherung der Bergwerks- und Handarbeiter für Alter und Invalidität und zur Versorgung ihrer Kinder und Waisen eine Mehrheit im Reichstage gefunden. Das von der Knapschaftskasse, welches damals vorgeführt wurde, ist auch der Fürsten Bismarck am 2. April d. J. gerühmt worden; der Reichskanzler wies mit Ziffern eingehend nach, wie minimal die Arbeitsunfälle selbst an Orten mit reiner Fabrikbewohlung belastet seien, nachdem Knapschaftskassen und dergleichen Verbände für die Arbeiter eingestellt waren. Gegen solche korporative Veranstaltungen, die statthaft für die einzelnen Arbeiterklassen durch die Reichsgesetzgebung eingerichtet werden könnten, hat sich das Plibisitz vom 27. Oktober nicht gerichtet, wie fälschlich von ganz- und halbmanchesterlicher Seite hauptet wird. Für solche korporative Gestaltungen, durch deren Hilfe sich der Staat sich das höchste Verdienst um die Arbeiterschaften könnte, ist vielmehr auch im jetzigen Reichstage eine Mehrheit zu finden, und selbst die Manchestermänner würden — ihrer extremen Richtung hin — sich ihren Vorfahren überlegen, weil sie dadurch dem Verdikt des Volkes verfallen würden, das sie bei den nächsten Wahlen vernichtet treffen würden, am 27. Oktober mit erdrückender Mehrheit verurtheilt worden. Das von der Sozialbureaukratie und einem Staatskommissar um welche für die Durchführung der Alters- und Invaliditäts-Versicherung der Arbeiter nicht erforderlich sind, dem oben mit des Reichskanzlers eigenen Worten charakterisierten Ziele der Arbeiterversicherung entsprechen. Allerdings wurden diese beiden Dinge vor drei Monaten kurzzeitig als des Reichskanzlers Wille von einigen Herolden verbreitet. Authentisches aber liegt nirgends vor, und seit Monaten steht

werde ich im Laufe des Artikels bei dem Besuch der betreffenden Städte anführen.

Bereits eine Woche vor den deutschen waren die französischen Gäste angelangt und mit militärischen Ehren und durch Regierungsvertreter empfangen worden. Aber bis zu dem Tage war in Bezug auf den Empfang der Herren von Steuben noch nichts angeordnet. Die Initiative dazu nahm die deutsche Gesellschaft in die Hand. Dieselbe, im Jahre 1784 zum Schutz und Unterhaltung der hier anlangenden Deutschen gegründet, wählte Steuben zu ihrem ersten Präsidenten und er blieb dies bis zu seinem Tode. Zum Andenken an den Verstorbenen beschloß die Gesellschaft nun eine Generalversammlung abzuhalten und die Nachkommen ihres ersten Präsidenten dazu einzuladen. Dies Fest hat aber wegen der inzwischen regierungsseitig gegebenen Anordnungen noch nicht stattfinden können und wurde bis zur Rückkehr der Gäste nach hier verschoben. Einige Hitzköpfe der grässlichen Nation konnten auch schon nicht umhin, in einer am 8. Oktober erschienenen englischen Zeitung zu erklären, daß das Erscheinen preußischer Offiziere hier in Uniform eine Beleidigung für die Franzosen wäre und unbedingt zu blutigen Händeln führen müsse. Von Washington erfuhr man nichts, es schien, als glaubte die Regierung mit der Einladung ihre Pflicht erfüllt zu haben und die Zusammenberufer einer Versammlung aller deutschen Vereine zum Sonntag, 9. Oktober in die deutsche Turnhalle hatten den guten Willen, dies scheinbare Versehen der Regierung gut zu machen. Inzwischen erfuhr man bereits Sonntag früh, daß der Staatssekretär Blaine für die Gäste der Regierung ebenso wie für die Franzosen im Fifth Avenue Hotel Zimmer bestellt habe und auch Herren zum Empfang und zur Begleitung der deutschen Gäste designirt seien.

Dies erleichterte den Veranstaltern einer Empfangsfeierlichkeit die Sache bedeutend, und da gleichzeitig die Nachricht eintraf, daß die Herren von Steuben in der Donnerstag-Nacht bereits nach Washington abreisen müßten, die Ankunft des „Herders“, zu dessen Passagieren dieselben gehörten, aber kaum vor Donnerstag, 13. Okt. früh zu erwarten war, so wurde beschlossen, am Abend dieses Tages den Landsleuten einen Fackelzug zu bringen und alle deutschen Vereine dazu einzuladen. Zum Präsidenten des Komites wurde Herr Oberst von Schack, ein Sohn des

preußischen Generals von Schack, der Kommandeur des Steuben-Regiments im Sezessionskriege, gewählt und durch wieder dem Verstorbenen eine Huldigung dargebracht. Regnerisch ging der 12. Oktober zu Ende und mit schlechtem Gefühl sah so Mancher dem Morgen entgegen, denn schlechtes Wetter würde unbedingt der Feier Abbruch gethan und der anglo-amerikanischen, sowie den Journalen der gallischen Zunge prachtvollen Stoff zum Witzen gegeben haben. Doch Gott sei lädt keinen braven Deutschen, und der Kaiser hatte seine Offiziere nicht nur Urlaub, sondern auch sein Wetter mitgebracht. Kaiserwetter herrschte, als am Donnerstag früh 6 Uhr sich der gesamte der Nation, General Charles Adams, amerikanischer Gesandter für Bolivia, ein geborener Deutscher, an der Bühne einfand, um mit dem Sohn des Staatssekretärs Herrn Blaine sowie Herrn Creighton Webb, als ferner Vertretern der Regierung den Herren John A. King, John Austin Stevens und Seward Namens des Staates New York, dem Redakteur der Newyorker Staatszeitung Herrn Oswald Ottendorfer, dem Redakteur des Bürger-Empfangs-Komites Herrn Oberst von Schack sowie verschiedenen Anderen sich auf einem Zollfutter einzufinden, um zur offiziellen Begrüßung der Gäste dem Hamburger Dampfer entgegenzufahren. Es war gegen 8 Uhr, als der Kutter dem Dampfer, welcher bereits die Quarantäne-Station hatte, anlegte. Auf demselben Dampfer befanden sich auch deutsche Gesandte bei den Verein. St. Herr Kurt v. Schack sowie der hiesige deutsche General-Konsul Dr. Schumann während ein zweiter anlangender Kutter noch den berettigen Präsidenten der deutschen Gesellschaft, Herrn Carl Haufelt, sowie unserer ersten Finanzgrößen, den Herrn Jesse Seligmann, sowie einige andere deutsche Herren, die hervorragender Stellung trühen durften, an Bord brachte.

Die übliche Vorstellung, das Händeschütteln und verschiedene Reden in englischer, amerikanischer und deutscher Sprache nahmen auch ihr Ende und die Gäste verließen mit ihren Fahrrern und allen Delegirten den Dampfer, um auf dem Zollfutter „Washington“ die Fahrt nach der Stadt fortzusetzen. Da stopte der Kutter bald, da zufolge Anordnung des Herrn Adams die „Alabama“ in den Grund bohrte, die Bay hinunter gedampft

New-Yorker Briefe.

XXIII.

Newyork, 25. Oktober.

Yorktown!

Unscheinbar an der Mündung des gleichnamigen Flusses in die Chesapeake-Bay liegt im Staate Virginien das Städtchen Yorktown, zur Zeit der englischen Herrschaft vor hundert und einigen Jahren einer der wichtigsten Ausfuhrhäfen und im Jahre 1781 der Ort, an dem die letzte Schlacht im Unabhängigkeitskriege geschlagen wurde. Seit dem 4. Juli 1876 befinden wir uns hier in dem aufgeriegten Zustande der „Centennial-Feier“, mit der Yorktown-Siegesfeier ist das letzte Glied in die Kette gefügt und wir haben nun bis zur zweiten Decade des nächsten Jahrhunderts Ruhe.

Die damaligen Bundesgenossen der Amerikaner, die Franzosen, wurden von der hiesigen Regierung zu dem Feste eingeladen, und die französische Regierung sandte gegen 20 Delegirte. Die Einladung der Nachkommen des Barons, wie der ehemalige Adjutant des großen Friedrich Herr v. Steuben bei den Soldaten hier hieß, erging auf dringende Vorstellungen seitens der hiesigen deutschen Gesellschaft seitens des Staatssekretärs Herrn Blaine, und die äußerst entgegenkommende Annahme, die diese Einladung seitens des deutschen Kaisers durch Ertheilung des nötigen Urlaubes fand, hat besonders auf die amerikanische Presse sehr günstig gewirkt. Es ist leider eine Thatsache, daß in den amerikanischen Geschichtsbüchern der Thaten Steuben's und der übrigen hervorragenden Deutschen keine Erwähnung geschieht, und auch ich will ja hier nicht die Geschichte des kühnen Solbaten schreiben, sondern den Empfang, den seine Nachkommen hier in diesen Tagen gefunden, Ihnen schildern. Wer von dem Baron mehr wissen will, den verweise ich auf das 1858 erschienene Buch Friedrich Kapp's „Leben des amerikanischen Generals Fr. Wilh. von Steuben“, dessen englischer Ausgabe kleinriger als Geo. Bancroft, ehemals B. St. Gesandter am Hofe zu Berlin, eine Vorrede beigedruckt hat, in welcher er das ehrwürdige Verdienst Steuben's seinen Landsleuten vor Augen führt. Wie und wo das Andenken Steuben's hier geehrt ist,

haben auch die „Grenzboten“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ in Ueber-
einstimmung mit der ganzen Presse, joweiß dieselbe überhaupt für
eine positive Sozialreform eintritt, nur noch eine corporative,
nicht zentralistisch-bureaucratische Organisation der Arbeiterversicherung
verkündet. Und auch der kommunistische Gedanke dauernder
Staatszusüsse ist mehr oder weniger aus der Diskussion ge-
schwunden oder doch abgeschwächt, wie er ja ebenfalls der Rede des
Reichskanzlers vom 2. April, wonach die „corporativen Genossenschaften“
ihren wirklichen Bedarf an Prämien in sich aufbringen sollen,
überprüft. Bei ernstem Willen aller positiven Sozialreformer in der
Regierung wie im Parlamente könnte es also doch leicht im nächsten
Reichstage zu Resultaten kommen, von denen das augenblicklich
mehrere übermuthige Manchesterthum noch gar nichts zu ahnen
scheint!“

Der Artikel wirbt entschieden im Sinne einer klerikal-konser-
vativischen Reichstagsmehrheit um die Gunst des Reichskanzlers.
Wenn letzter aber darum in die Arme des Zentrums sich
werfen wollte, so wäre er schwer zu entschuldigen, denn die
obigen sachlichen Erörterungen könnten gerade so gut in
einem liberalen Blatte gestanden haben.

Deutschland.

Berlin, 8. November. [Der Artikel der „Post“. Die Breslauer Wahl. Eine reizende Zusammenstellung in der „Nordd. Allg. Ztg.“] Während die „Kreuztg.“ die Situation noch nicht für hinlänglich erklärt hält, um eine Beteiligung des Reichskanzlers an den parlamentarischen Arbeiten zu motivieren, kündigt die „Post“ in Ueber-
einstimmung mit dem „Deutsch. Tageblatt“ an, der Reichskanzler werde demnächst hier eintreffen, um dem Kaiser die Ernennung eines Nachfolgers zu empfehlen, der im Stande sein würde, mit einer konservativ-klerikalen Majorität zu regieren. Nach der „Post“ sind die neuen Wahlen der Aussluß von Un-
verhund und Bosheit“. Das deutsche Volk wird dieser An-
klage, falls sie von dem Reichskanzler selbst erhoben werden sollte, mit ruhigem Gewissen entgegentreten können. Die Wähler haben die unerhörte und in unerhörter Form gestellte Zumuthung, dem Liberalismus abzusagen, entschieden zurückgewiesen und wer-
den diesen Protest mit noch größerer Bestimmtheit wiederholen, falls der Reichskanzler darauf Werth legt. — Der „neue Wahlverein“ — so nennen sich in Breslau die vereinigten antifortschrittlichen Parteien — haben der in letzter Stunde aus-
gegebenen Parole: „Wahlenthaltung“ keine Folge geleistet, sondern, um mit dem Stöcker'schen „Reichsboten“ zu sprechen, ihrer Begeisterung für die soziale Reform dadurch Ausdruck gegeben, daß sie für die sozialdemokratischen Kandidaten (Hasenclever und Krämer) stimmten, welche mit den Kandidaten der Fortschritts-
partei Freund und Beblo zur Stichwahl gelangt sind. Hasen-
clever, der Erwählte des Wahlkreises Stadt Breslau (össl. Theil)
hat gestern noch mehr Stimmen erhalten, als bei der Stichwahl
am 18. Juli 1879, wo er bei der Nachwahl in Folge des Ab-
lebens des 1879 gewählten Sozialdemokraten Reinders seinen
nationalliberalen Gegner Leonhard mit 7589 Stimmen schlug.
Hasenclever erhielt gestern 8457 Stimmen (27. Oktober 5238).
Der Wahlkreis Stadt Breslau (westl. Theil), in welchem gestern Dr. Freund (Fortschritt) gegen den Sozialdemokraten Krämer unterlag, ist bisher im Reichstage stets durch liberale Abgeordnete vertreten gewesen. Das Verdienst der vereinigten Antisemiten und Konservativen um die Sozialdemokratie ist nicht in Abrede zu stellen; man weiß jetzt, daß diese Partei für die „chronische Krankheit“ des Liberalismus kein anderes Heilmittel kennt, als das sozialdemokratische Entweder — Oder: „Revolution oder Pulpfer und Dynamit“. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zieht aus dem (noch dazu gar nicht erwiesenen) Umstand, daß bei der Stichwahl in Karlsruhe die Sozialdemokraten für den nationalliberalen

Kandidaten gegen den Deutschkonservativen gestimmt haben, den Schluß, „daß die Nationalliberalen geneigter sind, mit den Sozialdemokraten als mit der Regierung zu gehen, und daß unter solchen Umständen an eine Verständigung zwischen Nationalliberalen und Regierung doch wohl kaum gedacht werden kann“. In derselben Nummer meldet die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Wahlergebnis aus Breslau, wo die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit notorischer und nachweisbarer Unterstützung der „Konservativen“ gesiegt haben. Diese Zusammensetzung spricht für sich allein.

Berlin, 8. November. Die Nachricht von dem Ausfall der Breslauer Stichwahlen wird in aller Welt das größte Aufsehen machen; zwei Sozialdemokraten vertreten fortan die zweite Stadt Preußens, weil in der Stichwahl dieselben Konservativen, die vergeblich zwei Beamte, einen Oberpräsidenten und einen Staatsanwalt durchzubringen versucht hatten, in hellen Häusern für den Sozialdemokraten votirten, nur um zwei in der Stichwahl von allen Liberalen und sogar von den klerikalen unterstützte Fortschrittmänner, hochangeschene Bürger derselben Stadt, nicht in den Reichstag treten zu lassen. Wenn dieses Beispiel Nachahmung findet, so könnte die sozialdemokratische Fraktion, obwohl in der Hauptwahl kein einziger eigentlicher Sozialdemokrat gewählt worden ist, zu einer stattlichen Stärke gelangen. Da die Breslauer Konservativen mindestens in nahen Beziehungen zu einflussreichen Staats- und Reichsbeamten stehen, so läßt sich annehmen, daß in denjenigen Beamtenkreisen, die sich ganz und gar den Bestrebungen des Reichskanzlers widmen, zur Zeit die Meinung herrscht, dem Reichskanzler seien sozialdemokratische Abgeordnete weit lieber als fortschrittliche oder secessionistische. Die konservativen und offiziösen Blätter versuchen inzwischen das Menschenmögliche, um noch einen Druck auf die Stichwahlen zu Gunsten der Konservativen auszuüben. Zu diesen Manövern gehören ohne Zweifel die massenhaften Nachrichten über die vom Reichskanzler erlassenen Antworttelegramme, die sich mit ihrem Inhalt immer direkt oder indirekt gegen Fortschritt und Sozialismus kehren. Sodann der Bericht über die jüdenfreundliche Gesinnung des Reichskanzlers. Ferner die Nachricht aus Stolp von Tischgesprächen, wonach dem Zentrum in Zukunft die Regierung überlassen werden soll. Das Tollste in dieser Beziehung leistet heute die „Post“ in einem langen Leitartikel, der im kräftigsten Gegensatz zu den mutwilligen energischen, kampflustigen Antworttelegrammen des Reichskanzlers diesem eine tiefe Niederlage nachsagt und ihm Neuverzerrungen in den Mund legt, nach denen er müde sei, „das Stichblatt für alle Bosheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidische Verdächtigung zu sein, welche eine Bevölkerung von 45 Millionen ablagerte!“ Das gerade die „Post“ berufen sein soll, die Neigung des Reichskanzlers abzudanken, dem deutschen Volke zu verkünden, erscheint wenig glaublich. Nebenbei weiß Sebemann aus den eigensten Worten des Reichskanzlers im Reichstage und Abgeordnetenhaus, daß derselbe, so lange der Kaiser lebt, kein neues Abschiedsgesuch einreichen wird. Was soll aber dann die ganze Kombination, vielleicht herauenommen aus einigen Neuerungen, des, wie ebenfalls Sebemann weiß, nervösen und reizbaren Kanzlers, die Kombination über seinen künftigen Nachfolger? — Nun, in diesen Tagen stehe eine große Zahl Stichwähler an, bei denen es sich um angesehene Männer der deutschen Reichspartei und der Deutschkonservativen handelt. Da soll denn den Stichwählern bange gemacht werden, daß der Reichskanzler sein Regiment in die Hände der kleinen Perle von Meppen, der Exzellenz Windhorst, niederlegen werde. Da es unmöglich ist, Preußen in onarisch, und dennoch nach den Grundsätzen der Fortschrittpartei — soll heißen des Liberalismus — zu regieren, so kann der Nachfolger des Kanz-

lers nur ein Zentrumsmann sein, und die „regierungsfähige Mehrheit“ nur „unter Mitwirkung der katholischen Partei“ gebildet werden. Macht man die protestantischen Wähler durch solche Prophezeiungen vor dem ultramontanen Kanzler bangen, so liebt man gleichzeitig mit den Zentrumswählern, damit sie ja noch recht viele Konservative und Freikonservative durchbringen helfen, die mit dem Zentrum im Reichstage „die regierungsfähige Mehrheit“ bilden. Und um dieser Zwecke willen versteigt sich der Verfasser der Enthüllung u. A. zu der kolossal Lüge, daß „fast die gesamte deutsche Presse mit verschwindenden Ausnahmen“ den Fürsten Bismarck „mit Beschimpfungen und Verdächtigungen der niedrigsten Art verunglimpt“.

Das konservative „Deutsche Tageblatt“, das noch gestern erklärte, die Judenfrage exister trog der angeblichen Anschauungen des Fürsten Bismarck und sie werde, wenn er es so haben wolle, auch gegen ihn exister, läßt sich heute von einem Abponenten aus Stolp schreiben, daß er den Kanzler persönlich über die „Un dankbarkeit“ der Juden habe klagen hören, die ihre volle Gleichstellung gerade der von ihm geleiteten Reichsgesetzgebung verdanken. Hier weist also der Kanzler für diese Gesetzgebung sich eine Verantwortlichkeit zu, die er und seine Anhänger sonst auf Herrn Delbrück und die verhaschten Liberalen abwälzen beissen.

Wie auswärtigen Blättern von hier geschrieben wird, soll Herr v. Schröder jetzt möglichst bald aus Washington hierher zurückkehren und von hier aus womöglich noch im Dezember zu weiteren vorläufigen Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle nach Rom gehen.

Die „Germ.“ rechnet für die Zentrumspartei aus den Stichwahlen auf 8 Sitze (5 alte und 3 neu gewonnene), so daß die Partei mit den welschen Hospitanten auf 110 Mitglieder kommen würde; unter Hinzurechnung der 3 Wilden, die sich zum Zentrum halten, auf 113. 1872 zählte sie 57, 1874 94, 1877 96, 1878 103 Mitglieder. Die „Germ.“ giebt der Hoffnung auf positive Resultate auf dem Gebiete der Social- und Wirthschaftsreform vermittelst einer konservativ-klerikalen Koalition Ausdruck.

Die Aufnahmen und Erhebungen, welche anlässlich der Reise des Großen Generalstabes in Schleswig-Holstein bezüglich der Landesbefestigung Kiel stattgefunden haben, werden augenblicklich zu einer besonderen Denkschrift über diese wichtige Frage verarbeitet, um sodann zunächst als Grundlage für die Beratung der Landesverteidigungskommission zu dienen, in welcher bekanntlich der Kronprinz den Vorsitz führt. Man wird sich erinnern, daß diese Angelegenheit schon einmal die Kommission beschäftigt hat, welche jedenfalls dann die Anregung zu den erwähnten Vorarbeiten des Großen Generalstabes geben sollte. Über den Zeitpunkt der Ausführung des mit erormen Kosten verbundenen Projekts läßt sich im Augenblick noch gar nichts melden.

In den letzten Tagen sind in Berlin eine Anzahl liberaler Wählerversammlungen, in denen die im 4. und 6. hiesigen Wahlkreise hervorstehenden Stichwähler zwischen liberalen und sozialdemokratischen Kandidaten erörtert wurden, unter Motivierungen, welche das höchste Befremden hervorrufen müssen, aufgelöst worden. Hochruhe einer kleinen Zahl von Eindringlingen auf den sozialdemokratischen Kandidaten, wodurch eine ernsthafte Störung gar nicht herbeigeführt war, gaben den Anlaß zur Auflösung im Interesse der „öffentlichen Ordnung“; in einem andern Falle erfolgte die Auflösung gar wegen angeblicher „Erörterung sozialdemokratischer Prinzipien“, welche darin liegen sollte, daß ein liberaler Redner sozialdemokratische Lehren behufs ihrer Widerlegung erwähnte! Die „Nat. Ztg.“ bemerkte zu dieser Mitteilung: Angefang-

Everett House, an dem eben genannten Platze, waren einige Zimmer für den Abend reservirt und hierin wurden nun die Gäste geleitet. Sie hatten jetzt den Parade-Rock mit der bequemen Interims-Uniform vertauscht, doch den preußischen Soldaten konnten sie nicht ausziehen, und die stramme und dennoch ungezwungene Haltung war eine ordentliche Freude für die Vielen hier, die selbst des Königs Rock bereitst getragen. Im Everett House ging natürlich die Begrüßung von vorne los; Herr Sirtus Kapf, der sich ein Hauptverdienst um das Andenken Steuben's erworben hat, worauf ich später zurückkomme, verbreitete sich über die Thätigkeit desselben sehr ausführlich und verlas zum Schluss einen Brief des greisen Horatio Seymour, früheren Gouverneurs des Staates Newyork und warmen Verehrer Steuben's, in welchem derselbe bedauert, frankheitshalber dem Feste fernbleiben zu müssen. Ihm folgte als Redner das Oberhaupt der Stadt, Mayor Grace, der in englischer Sprache sich Namens des Staates als Schuldner des großen Helden von 1781 bekannte. Er nennt ihn den Gründer der Militär-Akademie in West-Point, des berühmten Hamilton-College, und vergibt nicht zu erwähnen, daß das erste militärische Instruktionsbuch der amerikanischen Armee, welches noch heute im Gebrauch ist, ein großerartiger Beweis seiner eminenten Brauchbarkeit, von Steuben herstammt; die Soldaten führten dasselbe neben der Bibel in ihren Knapsäcken mit sich, berichtet die Chronik. Nachdem noch einige der Herren Stadtälter gesprochen und Herr Karl Schurz denselben Namens der deutschen Offiziere gedankt, begab sich die ganze Gesellschaft auf den an der Nordseite befindlichen Pavillon, um den Zug zu erwarten. Es waren Herr Oberst von Steuben, zwei Hauptleute, drei Lieutenants und ein königl. Obersöfförster, Landwehrhauptmann, desselben Namens, deren Erscheinung seitens des Publikums mit lebhaften Beifallsrufen begrüßt wurde. Wenn auch tüchtig verspätet, rückten die Vereine doch ziemlich zahlreich an und der Eindruck, den die Herren v. Steuben von dieser freiwilligen Huldigung mit fortnehmen, wird dadurch nicht abgeschwächt werden, daß der Vorbeimarsch nicht nach dem Schnürchen ging. Ich bin im Gegenteil der festen Überzeugung, daß speziell die vier älteren Herren, die Feldzüge mitgemacht haben, beim Anblick der zerstoßenen Feldzeichen der ehemaligen deutschen freiwilligen Regimenter des Krieges 60/64 sich eines Gefühles

der Verehrung für diese Zeichen und die um dieselben geschaarten alten Feinde nicht erwehren konnten. Nachdem der Zug hält gemacht, trug der Schubertbund ein Lied vor und auf eine Ansprache erwiderte der Herr Oberst von Steuben mit einigen kernigen Worten, die den alten Soldaten und den Volkstriibun trefflich kennzeichneten, so daß sein Hoch auf die Vereinigten Staaten brausenden Wiederhall fand. Die Wacht am Rhein, die das Musikor darauf intonirte, wurde von allen Anwesenden mitgesungen, und ebenso fand das „Heil Columbia“ und der „Yankee Doodle“ lautes Echo. Letzterer schloß die Volksfeier, die Herren Offiziere eilten zu den bereitstehenden Wagen und befanden sich eine Stunde später auf dem Wege nach der Hauptstadt Washington, wo sie am Vormittage des 14. eintrafen.

(Schluß folgt)

Das Geheimnis des Bettlers.*)

Roman aus dem Französischen von J. Dungen.

(4. Fortsetzung.)

Madame Armand unterbrach ihn. „Ich frage, was Ihr mit dem Schilde da machen wollt.“ sagte sie in ärgerlichen Tone, „ich hoffe nicht, daß Ihr es wieder an das Gitter befestigen wollt!“ Betty wird Euch gesagt haben, daß der Hausbesitzer selbst die Vermietung des Pavillons übernehmen will.“

„Wie?“ entgegnete Jacob mit höchst erstauntem Gesicht. „Madame hat darin eingewilligt. Mein Gott, wie kann man seinen Vortheil so aus den Händen lassen! Es gibt jetzt eine Menge reicher und vornehmer Herren, welche solch' gut und einsam gelegene Wohnungen mit schwerem Gelde bezahlen, besonders, wenn sie mehrere Ausgänge besitzen, wie diese hier. Ich wette darauf, Madame, daß sie das Dreifache dafür bekommen. Ich kenne mehrere Herren vom Hofe, welche ein so kleines Häuschen wünschen, unter andern Herr von Fronsac.“

Madame Armand machte Jacob entsezt ein Zeichen, leise zu sprechen, damit Henriette ihn nicht hören könne. War die fromme Seele im Stande, einem Nebenmenschen die ewige Verbannung

*) Nachdruck verboten.

solcher Handhabung des Versammlungsrechtes seitens der Polizei ist es nicht überraschend, daß in sozialistischen Kreisen das Gericht verbreitet ist und geglaubt wird, die Herren Bebel und Haenlein würden in den nächsten Tagen hier mit polizeilicher Erlaubnis Kandidaten reden halten. Wir bezweifeln nicht, daß jede Aufführung einer liberalen Versammlung aus Gründen, wie die oben erwähnten wirksamer für die Wahl der betr. liberalen Kandidaten Propaganda macht, als die glänzendsten Reden derselben es vermöchten.

Wie der "Bors. Ztg." aus Görlitz gemeldet wird, hat die Regierung in Liegnitz die Wahl des früheren Abgeordneten Dr. Th. Paur zum technischen Mitglied der Schuldeputation, welcher er seit 1870 angehört, nicht bestätigt, obwohl er in erster Linie vom Magistrat präsentiert war und seine Thätigkeit in der Schuldeputation stets eine hervorragende gewesen ist. Ebenso charakteristisch, wie diese That-sache selbst, ist die Motivierung des Schrittes der Regierung mit der Behauptung, es sei wünschenswerth, daß das geistliche Element in der Schuldeputation noch stärker vertreten sei. In Folge dessen hat die Regierung unter den Präsentirten einen jungen Geistlichen, Diakonus Fischer, als technisches Mitglied der Schuldeputation bestätigt. Unter dem Ministerium v. Mühler wurden dem seit 1848 auf dem Gebiete des Schulwesens für Staat und Kommune unermüdet thätigen Dr. Paur Schwierigkeiten wegen seiner Berufung in die Schuldeputation gemacht; nach dem Verhalten der Liegnitzer Regierung zu schließen, ist dieselbe überzeugt, daß der Kultusminister von Gohler auch in solchen Personalfragen an die Tradition des Ministers v. Mühler anknüpfen will. Wie lange wird es dauern, und die Stiehlerschen Regulative werden wieder eingeführt.

Aus Anlaß der Zeitungsnotiz, daß der Dompräpendar Dr. jur. Braun zu Fulda zum Bischof von Paderborn in Aussicht genommen sei, schreibt die "Fuldaer Ztg.":

"Schon am 2. November lief bei uns aus Kassel eine ähnlich launende von vertrauenswürdiger Hand geschriebene Mittheilung ein, wir hielten jedoch mit der Veröffentlichung derselben zurück, weil Herr Dr. Braun uns versicherte, absolut nichts von einem derartigen Plan der maßgebenden Faktoren zu wissen. Der Verlust des Herrn Dr. Braun wäre für die Diözese Fulda ein harter Schlag."

Seltsame Dinge vollziehen sich in Hamburg. Dort hat der Senat eine ganze Reihe der hervorragendsten Führer der Sozialdemokratie amnestiert, d. h. sie zur Rückkehr nach dem hamburgischen Staatsgebiete ermächtigt. Es befinden sich darunter G. W. Hartmann, der sozialistische Abgeordnete des zweiten hamburgischen Wahlkreises im letzten Reichstage, die beiden Brüder Kapell aus Berlin, der Schriftsteller Karl Hillmann u. a. m. Die "Weser-Ztg." schreibt darüber:

Die Maßregel ist auf den ersten Blick nahezu unverständlich. Die beiden Kapells hatten, s. z. aus Berlin ausgewiesen, hier ihren Aufenthalt genommen, und es ist vor Jahresfrist unwidersprochen behauptet, daß gerade wegen dieses Umstandes und weil Hamburg das Mal noch mehrerer anderer aus Berlin vertriebener Agitatorn geworden, die Ausdehnung des neuen Belagerungszustandes auf Hamburg und Umgegend von Berlin aus verlangt worden war. Nach Verbürgung derselben waren Hartmann, die Kapells und Hillmann unter den ersten hier Ausgewiesenen gewesen, und jetzt wiederum ist die Zone des Belagerungszustandes auf Harburg erweitert, lediglich weil Hartmann und andere Genossen sich dort niedergelassen und von dort aus Verbindungen mit Hamburg unterhalten hatten! Und in demselben Augenblicke erhalten Hartmann u. s. w. die Erlaubnis zur Rückkehr nach Hamburg, als wenn gar nichts vorgefallen wäre. Natürlich sucht Jeder Mann nach einer Erklärung, ohne sie finden zu können. Das nächstliegende ist natürlich die Annahme, daß die genannten ihren Frieden mit der Regierung, worunter natürlich nicht die hamburgische allein gemeint sein kann, gemacht hätten. Es handelt sich hier nicht um jene theils kläglichen, theils komischen Gestalten, welche als "Alte Lassalleane" oder als "Allgemeiner deutscher Arbeiter-

zu wünschen, so war es eben dieser Herzog von Fronsac, und um die Wahrheit zu gestehen, stand die gute Dame in ihren Ansichten über diesen leichtfertigen Hößling nicht vereinzelt da. Eine große Schaar von Eltern, Vormündern, Liebhabern und Chemännern hegten die gleichen Gefühle und die gleichen Wünsche für ihn. Nun sprach Jacob diesen Namen aus, und Madame Armand bedeute ihm durch eine Schreckensgeberde, daß ihr dieses Thema höchst unwillkommen sei!"

"Madame kennen den Herrn?" fragte Jacob mit heuchlerischem Staunen.

"Nur zu gut," flüsterte Frau Armand, "das heißt, eigentlich keine ich nur die Equipage dieses entsetzlichen Menschen."

"Wirklich," unterbrach sie der Diener, und "Mademoiselle Henriette? . . ."

Madame Armand machte abermals die Geberde des Schweigens. "Vierzehn Tage lang hielt diese orangegelbe Carosse, welche er stets zu gebrauchen pflegt, täglich dicht an unserem Hause. Ihr kommt Euch das Gerede in der kleinen Vorstadt denken, bis wir erfuhren, daß es des Krämers Frau an der Ecke, der armen Madame Michelin galt, welche sich ja einige Wochen darauf aus Verweisung umbrachte. Nun, alle Welt sprach von diesem Ungeheuer. Meine Henriette hörte mehr davon, als mir lieb war; ich zog daher schnell fort und will nun Sorge tragen, daß sie niemals mehr von ihm reden hört, doch still, da kommt das Kind."

Man sah wirklich Henriette in eine der Alleen des Gartens einbiegen und in vollem Laufe, ihre kleine Zeichenmappe unter dem Arm, daher kommen. Ihre blonden Locken flögten im Winde, ihr Auge strahlte und ihre ganze Person athmete Glückseligkeit.

"Nun, was gibt es denn?" fragte Frau Armand in liebevollem Tone.

"Er ist's, er kommt," entgegnete tief atemend das junge Mädchen.

"Wer kommt?"

"Nun, Herr Hubert, ich erblickte ihn schon von Weitem."

"Hubert?", sagte die Tante erfreut, "nun, dem werde ich tüchtig meine Meinung über seine Unpünktlichkeit sagen. Geschwind, Jacob, öffnet die kleine Thür."

verein", oder, wie der Volksmund sich ausdrückte, als polizeilich konfessionierte Sozialisten" eine so eigentümliche Rolle spielten. Hartmann, die Kapells, Hillmann sind oder waren vielmehr echte, in der Rolle gefärbte Anhänger Bebel's und Liebknecht's, hervorragende Spiken gerade jener Agitation, gegen welche sich das Sozialistengesetz richtete. Um so auffälliger ihre jetzige Rückberufung. Sollten sie alle als befürchtete Schafe in die Hürde zurückkehren, und hat man in höheren Regionen etwa besondere Absichten mit ihnen? Es war schon aufgefallen, daß Hörig, früher der schlimmste einer, von der Ausweisung ausgenommen blieb, und wir waren geneigt, in seinem plötzlichen Auftreten für das Takatsmonopol und die staatssozialistischen Pläne des Reichskanzlers die Valuta für ihn gewordene Vergünstigung zu sehen. Auch Hillmann hat Symptome von "Besserung" gezeigt, denn er arbeitet in letzter Zeit als Mitarbeiter und Berichterstatter für konervative Zeitungen und ließ sich für konservative Wahlen als Agitator gebrauchen. Von Hartmann hört man, daß er mit seinen früheren Parteigenossen sich überworfen habe, weil letztere seine Familie nach seiner Ausweisung ohne genügende Unterstützung gelassen, und daß er dementsprechend von der anderen Seite als Verräther beargwöhnt wurde. Über die Kapells aber hat bisher nichts verlautet, was sie als besonderer Gnade würdig hätte erscheinen lassen. Unter allen Umständen bleibt die plötzliche Begnadigung einer so zahlreichen und bedeutamen Gruppe früherer sozialdemokratischer Führer eine höchst merkwürdige Erscheinung, und man darf mit Recht auf das, was sich weiter daraus entwickeln wird, resp. soll, gespannt sein. Sollten die genannten Herren als Werkzeuge für eine Zersetzung der alten sozialdemokratischen Partei dienstbar gemacht werden? Haben sie sich vielleicht selbst dazu bereit erklärt? Und sollte die Verammlungsdebatte in welcher vor etwa 3—4 Wochen die verschiedenen sozialistischen Richtungen, die fanzlerfreundliche und die fanzlerfeindliche, so heftig aufeinander platzten, jetzt ihre Fortsetzung finden? Hat bereits der Ausfall der Wahlen auf diese Maßregel gewirkt, oder war sie schon vorher beschlossene Sache? Vielleicht ist Hamburg dazu bestimmt, den Schauspielplatz neuer, interessanter wirtschaftspolitischer Probleme zu werden? Oder endlich, wäre etwa nicht die sozialdemokratische Partei, der man ihre Führer vielleicht absonstig gemacht, die Betrogenen, sondern gerade Dersjenige oder Dersjenigen, welche glauben, ein solches Kunststück fertig gebracht zu haben? Ich neige zur letzten Ansicht.

Der Etat des Amtes beziffert die Einnahmen auf 524,650 M., 71,315 M. mehr als im Vorjahr, die fortlaufenden Ausgaben auf 6,676,775 M., 111,885 M. mehr, und die einmaligen Ausgaben auf 78,800 M., 52,600 M. weniger. Die letzteren sind neu 48,800 M. zum Ankauf eines Konfultatsgebäudes in Canton und 30,000 M. wieder wie im Vorjahr als Subvention an die zoologische Station des Professors Dr. Dohrn in Neapel. Was die fortlaufenden Ausgaben betrifft, so findet sich u. a. der Zugang von zwei im Chiffirbüro und von zwei Beamten in der Geheimen Registratur mit je 420 Mark, also zusammen 16,800 Mark. Die Gesandtschafts- und Konfultatsgebaebleiben unverändert, nur ist für den Generalkonsul in Sidney eine Zulage von 6000 Mark und für dessen Sekretär von 600 Mark beantragt, ebenso für den Vicekonsul in Chicago 1500 Mark mehr, für einen weiteren zweiten Sekretär 4000 M., für einen Sekretär in Kairo 4000 M., für den Konsul in Jerusalem 1500 M. mehr. Neu zu errichten sind ein Konfusat in Manila (30,000 M.), ein Botschaftsamt in Buenos Ayres (12,000 M.) und ein Botschaftsamt in Rizza (14,500 M.).

Der Etat des Reichsschäftsamts für 1882/83 verschlägt die Einnahmen auf 158,755 M., 16,930 M. mehr als im Vorjahr, wobei der Anteil des Reichs an den Betriebsüberschüssen des "Reichs-Anzeigers" auf 37,940 M., 12,940 M. mehr geschäkt ist. Die fortlaufenden Ausgaben sind mit 86,317,556 M., 16,856,230 M. mehr angehoben. Dieses Mehr ergibt sich fast allein aus Kapital 68 "Allgemeine Fonds", und hier wieder aus den Überweisungen an die Bundesstaaten, nämlich aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer gemäß § 32 des Gesetzes vom 1. Juli 1879 mit 71,405,000 M. (7,45,000 M. mehr) und aus dem Ertrage der Reichssteuerabgaben gemäß § 32 des Gesetzes vom 1. Juli 1881 mit 12,066,000 M., welche Position im vorigen Etat fehlt. Dazu kommen noch an einmaligen Ausgaben 3,595,825 M., 84,941 M. weniger. Für die St. Gotthardbahn sind als letzte Rate zu zahlen 319,960 Mark, 183,859 Mark mehr, als Beitrag zu den Kosten der Errichtung des Allgemeinen Kollegienhauses der Universität Straßburg, 5. Rate, 200,000 M., 300,000 Mark weniger, zum Nationaldenkmal auf dem Niedermald, 3. und letzte Rate, 100,000 M. 50,000 Mark weniger, als Entschädigung der Stadt Pfalzburg für die Regulierung der Festungswerke, 2. Rate, 25,000 M. 10,000 M. mehr, und endlich zum Bau eines Kaiserpalastes in Straßburg, 1. Rate, 71,200 M. Hinsichtlich dieses in Antrag gebrachten Baues ist dem Etat eine Denkschrift beigelegt, welche hervorhebt, daß bei der mehrfachen Anwesenheit des Kaisers in Straßburg sich als ein erheb-

licher Nebelstand fühlbar gemacht habe, daß zur Aufnahme des Kaisers und seines Gefolges geeignete Räumlichkeiten dort nicht vorhanden sind. Als Absteigequartier könnten nur einige Räume im Bürzels - Präsidialgebäude benutzt werden, welches jetzt als Dienstwohnung für den kaiserlichen Statthalter genieret ist. Die Kaiserin könnten überhaupt geeignete Räumlichkeiten nicht gestellt werden. Es ist das Bedürfnis der Beschaffung eines Aufnahme der Majestäten geeigneten Gebäudes in Straßburg unabsehbar. Die Kosten desselben werden aus Mitteln des Reichs zu bestreiten sein. Denn es entspricht vor Allem dem politischen Interesse des Reichs, daß durch Herstellung eines angemessenen Residenzgebäudes in Straßburg dem Kaiser der Aufenthalt in der neu erworbenen Westmark des Reichs möglich gemacht werde. Durch Erbauung eines solchen in Straßburg würde der Bevölkerung des Reichslandes ein deutliches und dauerndes Zeichen der unverzerrten Zusammenghörigkeit Elsaß-Lothringens mit Deutschland vor Augen gestellt werden. Seit Errichtung des Reiches hat dasselbe die Aufrechterhaltung seiner Würde nach Außen durch Erbauung von eigenen Gebäuden für die kaiserlichen Botschaften im Auslande dokumentirt, um wie viel mehr erforderlich es die Würde, daß es für eine Wohnung in der Hauptstadt des Reichslandes Sorge trägt." Die Wahl des Bauplatzes bietet eine Schwierigkeit, und es besteht gegenwärtig zur Erwerbung einer solchen eine günstige Gelegenheit, daß die Benutzung derselben finanziell durchaus zu empfehlen ist. Der Platz liegt an der westlichen Seite des Kaiserplatzes. Dies Terrain befindet sich zur Zeit noch in Besitz der Stadt, die aber bereit ist, es zu verkaufen. Die Kosten sind folgendermaßen veranschlagt: 1. Bauplatz für das Palais, Stallungen Remisen und Garten 531,385 M., dazu an Beiträgen für die Straßenanlagen 127,588 M. 2. Für den Bau des Palais bei einer Frontlänge von 96 Meter und einer Tiefe von 36 Meter und einer durchschnittlichen Höhe von 18 Meter 2,000,000 M., im Ganzen also 2,660,000 M. Nach von der Stadt Straßburg gestellten Bedingungen ist die Kaufsumme für das Terrain in zehn gleichen zinsfreien Terminen zu zahlen. Hier nach beträgt die erste Jahresrate für das Terrain 53,198 M. 50 Pf.; dazu für Ausarbeitung der Baupläne und zur Abrundung 18,001 M. 50 Pf. also 71,200 M.

Der Reichstag- und Landtags-Abgeordnete Franssen ist, wie aus Bonn telegraphisch berichtet wird, gestern nach kurzen Krankenlager verstorben. Am 23. Mai 1830 in Köln geboren, hatte er sich dem Kaufmannsstande gewidmet, lebte aber seit 1873, von den Geschäftsräumen zurückgezogen, als Rentner. Sowohl im preußischen Reichsordnetenhaus wie im Reichstag, welchen beiden Körperschaften der jetzt Verstorbene seit 1873 als Mitglied des Zentrums angehörte, vertrat er den Wahlkreis Aachen-Schleiden-Matmeden.

Am Monat September wurden auf 47 größeren deutschen Bahnen befördert an fahrplanmäßigen Zügen 12,794 Couriers und Schnellzüge, 86,473 Personenzüge, 51,799 gemischte Züge und 79,632 Güterzüge, an außerfahrplanmäßigen Zügen 3713 Couriers, Schnell-, Personen- und gemischte Züge und 32,875 Güter, Materialien- und Arbeitszüge. Es verpaßten sich von den 151,066 fahrplanmäßigen Courier-, Schnell- u. c. Zügen im Ganzen 3009, jedoch wurden 1358 Verpätmungen durch das Abwarten verspäteter Anschlußzüge veranlaßt.

Karlsruhe, 7. November. In der letzten Nummer der "Grenzboten" wird gegen die Regierungen von Hessen und Baden die Anklage erhoben, bei den Reichstagswahlen eine "harte Reiche" nachtheilige Richtung unterstützt zu haben. Der Artikel wird, trotz seiner mehr als unpassenden Form, für offiziös gehalten und muß deshalb beachtet werden. Die Borgänge in Hessen sind uns unbekannt; was aber Baden betrifft, so wissen wir nicht, sollen wir an der erhobenen Beschuldigung mehr die gänzliche Unkenntnis unserer Verhältnisse oder die Freundschaft der Fortschrittspartei und der Partikularisten" die Rede gewesen?

Einen neuen drastischen Belag für diesen Bund schöner Seelen liefern die Reichstagswahlen in Hessen und, wenn wir recht berichten, auch in Baden. Obwohl natürlich lediglich verborgen, war doch mindestens die Befürwortung der fortschrittlichen Kandidaten für einen gelebten Beobachter doch unschwer zu erkennen"

Also: "auch in Baden!" Nun, in ganz Baden hat in diesem Wahlkampfe eine fortschrittliche Kandidatur überhaupt nicht gegeben. Außer dem Sezessionisten Pfliiger und dem Demokraten Kopfer hat es sich, soweit die Parteien der Linken in Frage kommen, im Ernst lediglich um nationalliberale Kandidaten

"Aber mein Gott," rief die alte Dame aus, nachdem sie auf das leere Zeichenblatt gestarrt hatte, "da ist ja gar nichts zu sehen, als einige Striche, welche so undeutlich sind, daß man wirklich nicht weiß, ob sie die Straße, oder einen Baum verstellen."

Das junge Mädchen wurde purpurrot.

"Das kommt daher, daß ich unzufrieden war und Alles wider auswüsste," sagte sie hastig, "aber die Linien habe ich angeben. Hier sind die Hügel, dort die Häuser und da läuft die Landstraße."

"Was, dieser kleine schwarze Strich soll die Landstraße sein?" meinte die Tante mit heiterem Spott, "und nicht einmal ein Reisender ist darauf zu erblicken? —"

"Es war leider keiner vorhanden," entgegnete die Tante in einem Seitenblick auf ihren Lehrer.

"Taufend! Deine Phantasie ist nicht sehr lebhaft, Kind, und finden Sie diesen Grund, Herr Hubert?"

"Ganz ausgezeichnet, Madame —"

"Stille, Sie sind ein Schmeichler und doch sollten Sie eigentlich die Kleine ob ihrer Trägheit schelten. Endessen ist Ihre Sache, wenn Sie zufrieden sind, habe ich nichts zu sagen, nur will ich noch bemerken, daß Ihre Schülerin Ende des Monats eine Zeichnung beendet haben muss, um sie unserem lieben Herrn Mark zu verehren. Ja, ich weiß, Sie kennen ihn noch nicht, er kommt nur alle Vierteljahre nach Versailles, Sie müssen ihn kennen lernen. Ein sel tener Mann, mein Gott, und für seine Mündel Henriette läßt er sein Leben!"

Vernon gab keine Antwort; er wußte, daß, wenn die Dame bei diesem Kapitel angelkommen, kein Ende abzusehen war, daß das Eichhörnchen in seinem Käfig drehte es sich bei der Dame stets um dieselben Bewunderungssprüche für diesen herrlichen Herrn Mark. Dann nahm sie ihre Spitzenkloppen zur Hand, und diese mechanische Arbeit versäumte niemals ihre einschläfernde Wirkung bei ihr. Wenn Frau Armand nicht mehr sprach, hörte sie auch auf zu denken, und eine Art von schlafender Betäubung lähmte bald darauf ihre fleißigen Hände; nickte ein, ermunterte sich, nickte wieder und war bald fest geschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

turen gehandelt. Wenn dies der Artikelschreiber der "Grenzboten" nicht weiß, so ist er das Papier nicht werth, auf welches er schreibt: Die Redensart: "wenn wir recht berichtet sind," kann ihn nicht decken; ein anständiger Publizist soll recht berichtet sein, ehe er Anklagen erhebt. Weiß er es aber, so läßt sich sein Vorgehen nur so erklären, daß er — mit der auch in den norddeutschen Verhältnissen vielfach beliebten Loyalität — die badischen Nationalliberalen samt dem einen Sezessionisten mit der Fortschrittspartei in einen Topf wirft. In diesem Falle ist der Vorwurf gegen die badische Regierung freilich auch ohne Grund, denn dieselbe hat — was ihr aufs Nachdrücklichste bezeugt werden muß — jedwede Beeinflussung der Reichstagswahlen streng vermieden. Aber man erhält doch einen Fingerzeig, wie die literarischen Diener des Preßbureaus die Wahrung der Interessen des Reichs in Süddeutschland verstehen. Den nationalliberalen Kandidaten in Baden standen, abgesehen von Mannheim, als ernsthafte Gegner überall Ultramontane oder sogenannte Konservative gegenüber. Der Autor des Artikels in den "Grenzboten" muß also wohl der Meinung sein, daß jeder, der "für das Reich" stimmen wollte, die letzteren hätte wählen müssen. Nun, was die Konservativen anlangt, so ist der eine der zwei Kandidaten, welche überhaupt Aussicht hatten, Herr v. Göler, am 27. Oktober gewählt worden, und von der Stichwahlneideverlage des Andern, des höchst strebsamen Herrn v. Marschall, hatte der Mann der "Grenzboten" noch keine Kunde. Sein Zorn über Baden kann also, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll, nur darauf gerichtet sein, daß nicht überall die ultramontanen Kandidaten durchgedrungen sind. Wir haben zur Beleuchtung dieser genialen Politik kein Wort hinzuzufügen. Nur danken wir dem Himmel, daß eine derartige publizistische Vertretung der Reichsregierung bei uns das gerade Gegentheil dessen, was beabsichtigt worden, befördert hat. Wenn die einzige wahrhaft reichsfreundliche Partei in Baden ungeschwächt aus diesem Wahlkampfe hervorgeht, so ist das nicht durch, sondern gegen die Leistungen der Berliner Offiziösen bewirkt worden.

Großbritannien und Irland.

London, 7. November. [Über Irland und das Fenierthum] bringt die "Post" einen Artikel, den wir hier mit einigen Kürzungen folgen lassen:

Das Ziel, welches die Fenier im Auge haben, ist der vollständige Umsturz der englischen Regierung und die Bildung einer irischen Republik. Den Namen haben sie nach einer alten Kriegergemeinschaft, der Feonna Eirium, angenommen, die etwa 400 n. Ch. durch Sedna II., den damaligen Monarchen Irlands, gebildet wurde. Den alten Überlieferungen der Barden zufolge nannten sich jene berühmten Krieger nach dem sagenhaften Helden Finn Mac Cumail, dem Vater Osian. Den Geistern jener tapferen Krieger muß es sehr schmerlich gewesen sein, als ihr loyaler Name vor etwa 16 Jahren von einigen Demokraten usurpiert wurde, die weder berühmt noch tapfer waren, und deren einzige Thaten bis auf den heutigen Tag in Mord, Brandstiftung und zweckloser Zerstörung bestanden haben. Der Hauptstift des Fenierthums ist in Amerika, aber wie alle geheimen Gesellschaften, hat auch das Fenierthum zahlreiche Verzweigungen, und zwar in amerikanischen, englischen und irischen Städten und sogar in Paris. Die Zeitung liegt einem Senate ob und die Genossenschaft ist in Birtel getheilt, deren jeder seine Instruktionen von einem Delegirten, der "Zentrum" genannt wird, erhält. Das "Zentrum" besorgt die Aufnahme neuer Mitglieder, instruiert und exerziert dieselben, sammelt Gelder, kauft Waffen und sucht die revolutionäre Organisation auf jede mögliche Weise zu verbreiten. Der Hass gegen die Engländer, der die unteren Klassen der Irlander belebt, begünstigt natürlich in hohem Grade das Umschreiten der revolutionären Agitation und unterstützt beträchtlich die Handlungen und Bewegungen der "Zentren". Nur eine intime Kenntniß dieser Klassen kann einen richtigen Begriff vom Hass geben, der nach einer mehr als dreißig Jahre währenden gerechten Regierung noch ganz derselbe geblieben ist. England muß für die Jahrhunderte unerträglicher Unterdrückung und Ungerechtigkeit schwer zahlen. Zur Zeit O'Connells, der ein Mann von ungleich größerer Bedeutung war als Parnell, war das Land weniger beunruhigt und die anarchischen Leidenschaften weniger drohend als jetzt, wenn man wohl schließen kann, daß jener Hass seitdem eher größer geworden ist, als abgenommen hat. Das Gefühl muß in der That tiefe Wurzeln geschlagen haben, wenn man aus dem außerordentlichen Enthusiasmus und der fanatischen Hingabe einen Schlüß ziehen darf, den ein so wenig begabter Mann wie Parnell, der kein Katholik und, wenn auch in Irland geboren, doch ein Nachkomme jener verhesten Tremend ist, in jenem Volke hervorzuufen vermag. Der Hass ist aber blind und kümmert sich, wenn es nur Rache nehmen kann, wenig darum, ob ein Freund oder Feind ihm die Wege dazu weist. Selten wohl ist es Agitatoren so gut gelungen, sich so schnell und leicht populär zu machen, als Parnell und seinen Freunden. Hart arbeitende irische Mädchen, in England und Amerika, legen einen Theil ihres Lohnes bei Seite, um eine Kleinigkeit zu dem Fonds der Fenier beitragen zu können. Arbeiter, die von Morgens bis Abends beschäftigt sind, opfern dem Exerzieren einen Theil der Nacht. Fanatiker können leicht für die schlechtesten Zwecke genommen werden. Die Führer treffen in geheimen Versammlungen zusammen, in denen neue Pläne geschmiedet oder blutige Decrete erlassen werden. Die erste Klasse der Einwohner looft, wer die Ausführung übernehmen soll, und je nach der Wichtigkeit der Aufgabe werden zwei oder mehr von ihnen damit beauftragt. Nie werden weniger als zwei Mitglieder für eine Mission ausgewählt, und in den meisten Fällen kennt keiner die Zahl und die Namen seiner Genossen. Berrath wird mit dem Tode bestraft. Was die Fenier so furchterlich macht und sie von den Sozialisten und Republikanern unterscheidet, ist der Umstand, daß wenn auch die beiden Letzteren es versuchen Proselyten zu machen, sie es doch noch nicht unternommen haben, ihren Willen loyalen Bürgern aufzunötigen, während die Fenier täglich Leuten, die ihre Grundätze verabscheuen, Befehle ertheilen, mit ihnen gemeinsam zu handeln und ihre Anordnungen auszuführen. Sie erlassen Befehle an alle Irlander, gewisse Dinge zu thun oder zu unterlassen, wie z. B. die Zahlung der Pachtsummen, und lange Listen von Morden und scheußlichen Verbrechen, welche es furchtbar sie die bestrafen, welche es wagen, ihnen nicht zu gehorchen. Es ist dies ein ganz neuer Zug im revolutionären Verfahren, auf welchen die Aufermessung noch nicht hinlänglich gelernt worden, der es aber verdient hervorgehoben zu werden, denn er zeigt, wie gefährlich der Irrethum sein würde, wollte man den sogenannten Aposteln der Freiheit aufs Wort glauben, da sie doch in Wahrheit an Grausamkeit und Willkür mit den größten Tyrannen aller Zeiten wettstehen. Aus dem Fonds der Fenier wird die Mühe und Arbeit der revolutionären Führer ganz anständig bezahlt. Der Leiter der Bewegung, der "ungekrönte König von Irland", hat seine Ziviliste und hat als Anerkennung für seine Dienste mehr als ein ansehnliches Geschenk von der Liga erhalten. In Irland wird behauptet, daß der große Umbau des bescheidenen Hauses, in dem er seine Jugend verbrachte, einer heimlichen Gabe zu verdanken sei. Kein Wunder, daß so zahlreiche Aufforderungen für Beiträge zu dem Fonds ergehen. Unzweifelhaft begegnet jetzt die republikanische Agitation in Irland einer großen Unter-

stützung von Seiten der Bevölkerung; inwieweit diese Unterstützung eine ganz aufrichtige ist, kann man durch einige der schärfsten und zugleich am wenigsten bekannten Mittel erkennen, die die Agitatoren mit Erfolg benutzen, um die Leute zu ihrer Ansicht zu bringen. Bis jetzt haben die hiesigen Verhältnisse noch nichts von ihrer kritischen Errscheinung verloren. Vorsichtsmäßregeln außerordentlicher Art werden noch immer für nötig gehalten, um das Leben der Minister und natürlich des Herrn Gladstone's zu sichern, dessen Aufenthalt und Reisen, durch die für nötig gehaltenen Maßregeln für seine persönliche Sicherheit, denen des Kaisers von Russland sehr zu gleichen beginnen.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 9. November, Abends 7 Uhr.

[Privatpresse der "Posener Zeitung".] Der Kaiser wird wahrscheinlich persönlich den Reichstag eröffnen.

Die "Provinzial-Correspondenz" bringt einen Artikel über den neuen Reichstag und die wirtschaftlichen Reformpläne, welcher hervorhebt, daß vereinigt die Liberalen bei weitem keine Mehrheit bilden, den Liberalen jedenfalls für eine sichere Mehrheit das Zentrum nothwendig sei. Der Artikel schließt: Ob ein positives Schaffen schon jetzt möglich ist oder zunächst ein Stillstand eintreten soll, hängt nach Lage der Dinge vom Zentrum ab. Die Regierung wird durch diese Entscheidung in dem Urteil über das, was im Interesse des Volkes zu erstreben ist, nicht beeinflußt. Vielleicht wird sie warten müssen, bis die Nation mehr Verständnis für die Reformpolitik zeigt und politische Interessen nicht mehr die Wahlen beherrschen; jedenfalls wird die Regierung aber an ihren Plänen festhalten und sie mit denen, die ihr folgen wollen, seinerzeit durchzuführen suchen. — Die "Provinzial-Correspondenz" reproduziert ohne Zusatz den gestrigen Artikel der "Post".

Bochum, 9. Nov. Definitives Wahlresultat: v. Schorlemers-Alst gewählt mit 20,505 Stimmen, Löwe erhielt 19,973 Stimmen.

Plauen, 9. Nov. Staatsanwalt Hartmann (konservativ) hat mit über 1500 Stimmen über Landmann gesiegt.

Lörrach, 9. Nov. Pfüger (Sezessionist) wurde mit 9751 Stimmen gewählt, Neumann (Zentrum) erhielt 4881 Stimmen.

Hadersleben, 9. Nov. Lassens Wahl ist gesichert.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Schreib-Kalender für Damen. 1882. Der seit zwei Dezennien in der eleganten Damenwelt so unentbehrlich gewordene sogen. v. Decker'sche Damenkalender beschreitet mit 1882 das erste Jahr seines dritten Dezenniums. Bücher, die ihre Schicklichkeit haben, genießen unter Umständen auch des Vorrechtes, nicht alt zu werden, so auch der Damenkalender, der diesmal sogar verjüngt erscheint. Nicht sowohl seines Neuerwerbs wegen, das diesmal ein ganz neues Gewand mit einer höchst geschmackvollen Goldprägung zielt, sondern auch innerlich. Mit dem Titelbild: der reizenden Photographie S. K. des Prinzen Friedrich Leopold, Sohnes S. K. Hoh. des Prinzen Friedrich Karl, in der höchst kleidenden Uniform des Querseiters von der Niedergarde, ist die Verlagsbuchhandlung R. v. Decker's Verlag, Marquardt & Schenk in Berlin, wieder zu der Photographie und zwar in bester Ausführung von Reichardt & Lindner zurückgekehrt. Wir begrüßen somit in dem 21. Jahrgang eine ganz jugendliche und zwar höchst anmutige Erscheinung, die den Damen gewiß sehr willkommen sein wird. Nur der Preis 2 Mark 50 Pf. ist der alte geblieben.

* Nr. 83 des in Dresden erscheinenden "Schiff", Wochenschrift für die getannten Interessen der Wissenschaftsfaht (vierteljährl. 2 M.), herausgegeben unter Mitwirkung von Arthur v. Studnič, enthält: Der Fleischer'sche Hydromotor. — Von der Wartthe. Höhenlage, Gefälle, Wassermenge und Wasserkräfte unserer Hauptströme. — Weisweiser für junge Elsässer Lothringer in den Dienst der Wasserbauverwaltung. — Dampftreidelpetrieb. — Reichskempteuer. — Submissionsbedingungen bei preußischen Wasserbauten. — Häfen. — Brücken. — Fähren. — Wasserbau. — Schiffbau. — Personenschiffahrt. — Flößerei. — Schiffahrtsbetrieb. — Verschiedene Patente. — Ausländische Patente. — Unfälle. — Geschäftsbücher. — Vom Frachtenmarkt. — Polizei und Gericht. — Personalien. — Literatur. — Wasserstand. — Kurie. — Briefkasten. — Inserate.

* Die Erfindungen der neuesten Zeit. Zwanzig Jahre industrieller Fortschritte im Zeitalter der Weltausstellungen. Mit besonderer Rücksicht auf Patentwesen und die Ziele der Kunstindustrie. Unter Mitwirkung von Ingenieuren des f. Patentamtes und anderen Fachmännern. Herausgegeben von Dr. G. van Munden, Bibliothekar des f. Patentamtes in Berlin, und Heinr. Frauberger, Kustos am mähr. Gewerbe-Museum in Brünn. Mit zahlreichen Tafel-Abbildungen und Kunstabegaben. Ein klarer Band von etwa 72—75 Druckbogen, erscheinend in 18—20 Lieferungen von 4—5 Bogen. Preis jeder Lieferung 50 Pf. Verlag von Otto Spamer in Berlin. Wohl hat es in früheren Jahrhunderten manchmal kurze Perioden gegeben, in denen ein reges gewerbliches Leben, ein plötzlicher Aufschwung der Industrie, eine rasche Aufeinanderfolge Epoche machender Erfindungen wahrzunehmen mar; alle solche Höhepunkte gewerblicher Rücksicht halten jedoch keinen Vergleich aus mit den beiden letzten Jahrzehnten, welche sich zunächst durch das Heranziehen der Kunst zu gewerblichen Erzeugnissen (Kunstindustrie), dann durch die Verallgemeinerung von Maschinen, endlich durch eine riesige Fülle neuer Erfindungen geringfügiger wie bedeutender auszeichnen, wie sie auf den verschieden kleinen und größeren Ausstellungen, namentlich auf den großartigen Weltausstellungen zum Betrachten und Brüsten, zur Anregung und zum Weiterbilden vorgenommen werden. Nun fehlt es zwar nicht an Fachschriften und Zeitungsblättern, an Vierteljahrschriften und Jahrbüchern, in welchen vorzugsweise das Neueste verzeichnet, Geringfügiges neben Bedeutendem, Entwickeltes neben Embryonalen mitgetheilt wird, einer so vorübergehenden und zerstreuten Behandlungswise gegenüber, macht sich aber für das gebildete Publikum sehr bald das Bedürfnis geltend, in einem Bande das Wichtigste vereinigt zu sehen, was in der jüngsten Zeit geschaffen wurde. Diesem Bedürfnisse kommt nun die durch ihre mannigfaltigen und gediegenen Publicationen bekannte Verlagsbuchhandlung von Otto Spamer in Leipzig und Berlin nach, indem sie ihrem bereits in sieben Auflagen und in mehr als dreimalhunderttausend Bänden unter dem gebildeten deutschen Publikum verbreiteten "Buch der Erfindungen, Gewerbe und Industrien" einen Ergänzungsband unter dem Titel: "Die Erfindungen der neuesten Zeit. Zwanzig Jahre industrieller Fortschritte im Zeitalter der Weltausstellungen" anschließt, welcher der Kunstindustrie, dem Patentwesen, der Elektrizität, der Wasserfrage, der Volkswirtschaft und den Wohl der gewerblichen Arbeiter betreffenden Angelegenheiten einen breiteren Raum gewährt und überdies, konform der Inhaltsanordnung im Buch der Erfindungen, bei den einzelnen Kapiteln

die wichtigsten Erfindungen angiebt. Vor uns liegt nun das erste Heft, welches die Einleitung und den Anfang der Abhandlungen "Die künftig gewerbliche Bewegung der Gegenwart und ihre Ziele" in prächtiger Ausstattung enthält. Ein überaus reicher und sehr schön ausgeföhrter Farbendruck und an dreißig schöne, die besten und neuesten künftig gewerblichen Erzeugnisse vorsührende Holzschnitte schmücken den sachlich und recht fachlich vorgebrachten Text und lassen ein gebiegenes Prachtwerk erwarten, welches bei der großen Billigkeit (18—20 Hefte à 50 Pf.) die weiteste Verbreitung ermöglicht. Auch die für die Ausarbeitung gewonnenen Kräfte, von denen Dr. G. von Munden, Bibliothekar des f. Patentamtes in Berlin, den technischen Theil leitet und Heinr. Frauberger, bisher Kustos am mähr. Gewerbe-museum in Brünn, welcher seiner fachlichen Bildung nach vorzugsweise der Kunstmuseum geweiht ist, Seite des Themas seine Kräfte wendet, sichern in Verbindung mit den Ingenieuren des f. Patentamtes in Berlin und vielen hervorragenden Fachgelehrten Deutschlands und Österreichs, sowie mit ausgezeichneten Künstlern sowohl in textlicher wie illustrativer Richtung ein gediegenes Werk deutscher Leistungskraft, ein ebenso gebiegenes Text- wie Illustrationswerk.

Locales und Provinzielles.

Posen, 9. November.

— Ein Aufruf der deutschen katholischen Geistlichkeit des Grafschafts-Wahlkreises wird vom "Kurier" in polnischer Uebersetzung publiziert. Es heißt darin, daß der Kandidat der Polen und deutschen Katholiken, H. v. Chlapowski, sich bemühen werde, für die Beendigung des Kulturkampfes, welchen der Kandidat der Deutschen, Herr von Puttkamer, durch seine Bekehrung an den Maigesetzen gefördert habe, sowie um Gleichberechtigung aller staatlich anerkannten Konfessionen; Herr v. Chlapowski, der auch ein Gegner des Tabakmonopols sei, werden gegen Weberburg mit Steuern stets seine Stimme erheben; derselbe habe auch während der 14 Jahre, in welchen er diesen Wahlkreis vertrat, stets bewiesen, wie sehr ihm das Wohl der Deutschen, wie auch der polnischen Wähler am Herzen liegt; er werde auch, als ein Mann von festem Charakter, der niemals seine Ansichten weder auf Befehl, noch in Folge von Kapriisen eines Anderen ändere, mutig für Wahrheit, Freiheit und Recht eintreten. Niemand solle sich durch die banale Phrase einschüchtern lassen, daß Herr v. Chlapowski ein Pole sei, da die polnischen Regimenter ebenso gut und mit großer Tapferkeit ihr Blut für unser Vaterland vergossen, wie unsere tapferen Brüder. Es könne daher davon, daß es eine Schande sei, für denselben zu stimmen, keine Rede sein. — Unterzeichnet ist dieser Aufruf: Die katholische Geistlichkeit deutscher Nationalität des Grafschafts-Wahlkreises! Richtiger wäre die Bezeichnung: römischer Nationalität!

— Neue Regierungs-Polizei-Verordnung, die Bezeichnung der Fuhrwerke betreffend. Die bissige Regierung hat an Stelle der Polizei-Verordnung vom 14. Oktober v. J. eine neue Verordnung bezüglich der Bezeichnung der Fuhrwerke erlassen, welche aber erst mit dem 1. Januar 1882 in Kraft tritt. Nach dieser Verordnung müssen alle Fuhrwerke, welche nicht ausschließlich zur Förderung von Personen dienen, sobald sie beladen oder unbeladen auf öffentlichen Wegen außerhalb der Feldmark, welche zu dem Guts- oder Gemeindebezirk ihres Besitzers gehört, benutzt werden, den Vor- und Zunamen, sowie den Wohnort des Besitzers tragen. Bei Fuhrwerken der Besitzer selbständiger Gutsbezirk oder eingetragener Firmen kann statt des Personennamens der Name des Gutes oder der Firma vermerkt werden. Hat ein Besitzer mehrere derartige Fuhrwerke, so müssen dieselben außerdem mit einer fortlaufenden Nummer versehen sein. Die Bezeichnung ist auf der linken Seite des Fuhrwerks oder auf einer an derselben befestigten Tafel von Holz oder Blech in deutlicher, unverwischbarer, von der Grundfarbe des Fuhrwerks bzw. Tafel abstechender Schrift von mindestens 5 Centimeter Höhe dargestellt anzubringen, daß sie beständig sichtbar ist. — Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften sollen mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden. — Bei Fuhrwerken aus einem benachbarten Regierungsbezirk, in welchem eine gleichartige Polizei-Vorschrift erlassen worden ist, genügt eine der Vorschrift des heimathlichen Bezirks entsprechende Bezeichnungsweise auch innerhalb des Regierungsbezirks Posen.

— Fleischbeschauer-Prüfung. Von zwölf Kandidaten der Fleischbeschaukunst, welche sich am Montag auf der Regierung vor der Examens-Kommission einer Prüfung unterworfen hatten, haben elf diese Prüfung bestanden.

r. Zum Besten der Diakonissen-Krankenanstalt in Posen finden auch im laufenden Winter, wie alljährlich, in der Aula des königlichen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium ein Zyklus von Vorträgen statt. Am 8. d. Ms. begann dieser Zyklus mit dem Vortrage des Provinzial-Schulrats Wolte über den Kongress für innere Mission in Bremen". Der Vortragende, welcher diesem Kongress, dem 22. als Delegirter des posener Provinzialvereins für innere Mission beigewohnt hatte, gab ein anschauliches und klares Bild von den Verhandlungen, welche in den Tagen vom 6. bis 9. September d. J. stattfanden, und in welchen alle Zweige der Thätigkeit der inneren Mission (Einrichtung von Volksbibliotheken, Sonntagsschulen, Kinder-Gottesdienst, Junglingsvereine, Kampf gegen die Prostitution, kirchliches Armenwesen etc.) in eingehendster Weise erörtert worden sind.

r. Der "Dziennik Pozn.", welcher in seinem redaktionellen Theile stets von allen namhaften polnischen Chebdündissen in unserer Stadt und Provinz Notiz nimmt, bringt eine Nachricht von der in Owińsk vollzogenen ehelichen Verbindung des Herrn v. Colonnowski mit Irl. v. Kurnatowska, der Tochter des bekannten Herrn v. Kurnatowsky, welcher die Karte des Großerthodiums Posen angefertigt hat. Der "Dziennik Pozn." wird es entschuldigen, wenn wir diese Mittheilung als eine unrichtige bezeichnen, ohne darum fürchten zu dürfen, daß das eheliche Glück des jungen Paars wesentlich durch diese Berichtigung alterirt werde. Die genannte, vor kurzem in einer Auflage erschienene Karte ist am Anfang der vierzig Jahre von einem Herrn v. Kurnatowsky angefertigt und herausgegeben worden, welcher sich an der Mieroslawski'schen Verschwörung i. J. 1846 beteiligt hatte, verhaftet wurde und sich im Gefängnisse mit einem Taschenmesser so erhebliche Wunden beibrachte, daß er in Folge desselben starb. Dieser Herr v. Kurnatowsky dürfte mit dem vom "Dziennik Pozn." genannten kaum weitläufig verwandt sein.

r. Das polnische Nationalmuseum zu Rapperswil (am Zürcher See), welches bekanntlich vom Grafen Vlad. Platner angelegt worden ist und sich in dem höchst malerisch gelegenen alterthümlichen Habsburgischen Schlosse über der Stadt befindet, enthält gegenwärtig in Folge der andauernden Zuwanderungen bereits eine sehr reichhaltige Sammlung von polnischen Alterthümern. Besonders reich ist die Sammlung polnischer Münzen und Medaillen, so wie von Werken polnischer Kunst, vornehmlich von Kupferstichen. In 13 großen Alburns sind ca. 3200 photographische polnische Portraits enthalten. Beiendere Beachtung verdient auch die vom Schriftsteller Kraszewski dem Museum geschenkte Sammlung von Siegeln, so wie die Sammlung von polnischen Fahnen aus verschiedenen Epochen. Sehr reichhaltig ist die Anzahl der Handschriften, unter denen sich 15,000 historische und diplomatische Dokumente und Alten aus den Sammlungen von Leonhard Chodkiewicz befinden. Die Bibliothek zählt 40,000 Bände. Unter den historischen Andenken beziehen sich die wertvollsten auf die polnischen Könige Johann Sobieski und Stephan Bator, auf Kosciuszko, Fürst Jos. Poniatowski u. a. Das Lezejimmer des Museums enthält über 60 Zeitschriften aus verschiedenen Ländern. Der materielle Werth des Museums beträgt ca. 1 Million Franken.

— Der Probst von Oberstolzen, Matthias Dunajski, ist am 8. d. M. gestorben.

Die Zähllisten zum Adressbuch der Stadt Posen für das Jahr 1882

werden in den nächsten Tagen zur Vertheilung gelangen.

An die Herren Hausbesitzer und deren Stellvertreter richten wir das freundliche Eruchen, die Liste bei sämtlichen Hausbewohnern gefälligst zirkuliren zu lassen und sie alsdann ausgefüllt so bereit zu halten, daß sie nach 8 Tagen wieder abgeholt werden kann. Nur die eigenhändige Ausfüllung durch die Miether, bei Schreibensunkundigen durch den Hauswirth, gewährt die Sicherheit, daß Ungenauigkeiten in der Angabe der Vornamen, in der Bezeichnung des Standes, des Amts-Charakters u. s. w. vermieden werden. Die Miether bitten wir daher in ihrem eigenen Interesse, wenn ihnen die Listen in den Tagen vom 3.—10. November etwa nicht vorgelegt werden sollten, dieselben gefl. einzufordern und für die richtige Eintragung ihrer Adressen selbst Sorge zu tragen.

Bei der großen Bedeutung, welche in einem vollständigen und richtigen Verzeichniß der Geschäft- und Gewerbtreibenden für das ganze Geschäft in der Stadt liegt, bitten wir endlich diejenigen selbständigen Geschäftsleute aller Art, welche besonderen Werth darauf legen, daß ihr Geschäft in das Verzeichniß der Gewerbtreibenden aufgenommen wird, die bezüglichen Angaben in der Zählliste recht genau ausdrücken zu wollen.

Bon der Aufnahme in das Adressbuch sind ausgeschlossen und demnach nicht in die Zählliste aufzunehmen:

Dienstboten, Lehrlinge, Gesellen ohne selbständigen Haushalt, Schlaßstelleninhaber, Schüler, nichtchargirte Militärs und zufällig anwesende Fremde.

Wir bitten um möglichst allseitige Unterstützung unseres gemeinnützigen Unternehmens.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.
(E. Rössel).

Familienverhältnisse halber wird ein gut eingeführtes Flaschen-Bier-Depot in der Stadt Posen unter vortheilhaftem Bedingungen sofort fäustlich abgegeben.

Nähere Auskunft unter 0. 20.
126 postlagernd Posen.

Ein gut billiger erhalten Flügel zu verkaufen Markt 82, II.

Baumfuchen
von 1 Mark an empfiehlt und versendet die Königl. Preuß. und Kais. Russ. Hofbäckerei von

Desca Reichel,
Berlin C.,
23, Grünstraße 23.

Heute Abend: frische Stettiner Hechte, Barsen und Bander bei

Moritz Briske Wwe.,
Krammstr. 18-19.

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts hauptsächlich goldener und silberner Taschenuhren zu jedem nur annehmbaren Preise im Lombard-Geschäft Friedrichstr. 12.

Eine Britschke
(Einspanner) ist billig zu verkaufen.
Näheres Galldorffstr. 40 im Laden.

Heute frische Stettiner Hechte u. Barsen. **B. Gottschalk,** Bronfer-Straße 24.

Salz-Heringe
vom diesjährigen Fang, sette Waare empfehl. à Postfak 9—10 Pf. schwer zu 3 M. franco Postnachnahme, unter Garantie von 55—60 Stück Inhalt.

P. Brotzen,
Großlin, Ag.-Bz. Stralsund.

Engl. u. franz. Unterricht, Gramm. u. Kow. bei

L. Lang, Markt 82, II.

Damen findet Rath u. sichere Hilfe Berlin, neue Königsstr. 3, vrt. r.

Ich habe mich in
Wirsitz
niedergelassen.

Dr. v. Sikorski,
Rechtsanwalt.

Specialarzt Dr. Kirchhoff, Straßburg (Elisak) heißt nächtl. Bettläger, Pol. lat. Impot., Stör. der Periode.

Dr. med. Meyer,
Berlin, Lippigerstr. 91,
heißt auch bresch Sphäris. Ge-
schlechtschwäche, alle Frauen- und
Hautkrankheiten, selbst in den hart-
näckigsten Fällen, stets schnell mit
bestem Erfolge.

Friedrichstr. 31, 1. Et.
ist ein möbliertes Zimmer, auch zum
Comtoir geeignet, zu vermieten.
Gartenstraße 14 sind 3 Zimmer
u. Küche zu vermieten.
Remise und Stallung zu vermieten.
Breslauerstraße 15.

Die Parterre-Räumlichkeiten
Friedrichstr. 12, bestehend aus
7 Zimmern und Zubehör, sind per
Ostern 1882 auf einige Jahre billig
zu vererntmieten. — Das Lokal
eignet sich für jedes Geschäft und
kann auf Wunsch ein Laden ein-
gerichtet werden.
Näheres daselbst.

Schießstr. Nr. 6 III. Etage wird
ein Mitbewohner für ein möbl.
Zimmer gesucht.

St. Martin 27 Laden nebst an-
grenzender Wohnung zu vermieten.

St. Martin 27 ist eine elegante
Wohnung zu vermieten.

Gesucht vom 1. Januar 1882

oder früher

1 möbliertes Wohnzimmer,

1 dersgl. Schlafzimmer,

1 leeres 2-stufiges Zimmer

mit Nebenglas als Bureau.

Offeraten sub B. B. a. Exp. d. Ita.

Wilhelmsstraße 1 sind möblierte

Zimmer von 15 Mark monatlich an
zu vermieten.

Mühlenstraße 28 ist in der

III. Etage eine kleine Wohnung

für 90 Thlr. sofort oder vom 1.

Januar 1882 ab zu vermieten.

Näheres Wilhelmsstr. 1.

St. Martin 18 ist eine Wohnung

I. Etage zum 1. Januar und eine

Wohnung III. Etage sofort zu
vermieten. Näheres I. Etage lins.

Zum bevorstehenden Quartal sind

sehr gut empfohlene Wirthschafts-

innen und Mädchen aller Art zu
haben bei Frau Caarth, Wilhelms-

straße 20.

Für ein größeres

Destillations-Geschäft

wird ein tüchtiger

Expedient

mosaischer Konfession per sofort ge-
sucht unter M. O. in der Exped.

dieser Zeitung.

Ein Braumeister
mit guten Zeugnissen wird sofort
gesucht. Dominium Kruck bei Ino-
wraslaw.

Einen tüchtigen, israel.

Berfäußer,
der polnisch spricht und fleißiger
Lagerist ist, sucht für die Eisen- und
Kurzwaarenbranche

Fischel Baum.

Schroda

Ein tüchtiger gewandter Arbeiter
findet in unserer Bade-Anstalt
Stellung.

Gebrüder Vincus.

Zum 1. Dezember 1881 wird für
eine Hotelwirtschaft nebst Colonial-
waren-Geschäft in einer Kreis-
stadt ein

Laden-Mädchen

von angenehmem Neuherrn gesucht.
Gefällige Offert. werden unt. Nr. 101

A. B. der Pos. Ita. erbeten.

Näheres daselbst.

Schießstr. Nr. 6 III. Etage wird
ein Mitbewohner für ein möbl.
Zimmer gesucht.

St. Martin 27 Laden nebst an-
grenzender Wohnung zu vermieten.

St. Martin 27 ist eine elegante
Wohnung zu vermieten.

Gesucht vom 1. Januar 1882

oder früher

1 möbliertes Wohnzimmer,

1 dersgl. Schlafzimmer,

1 leeres 2-stufiges Zimmer

mit Nebenglas als Bureau.

Offeraten sub B. B. a. Exp. d. Ita.

Wilhelmsstraße 1 sind möblierte

Zimmer von 15 Mark monatlich an
zu vermieten.

Mühlenstraße 28 ist in der

III. Etage eine kleine Wohnung

für 90 Thlr. sofort oder vom 1.

Januar 1882 ab zu vermieten.

Näheres Wilhelmsstr. 1.

St. Martin 18 ist eine Wohnung

I. Etage zum 1. Januar und eine

Wohnung III. Etage sofort zu
vermieten. Näheres I. Etage lins.

Zum bevorstehenden Quartal sind

sehr gut empfohlene Wirthschafts-

innen und Mädchen aller Art zu
haben bei Frau Caarth, Wilhelms-

straße 20.

Für ein größeres

Destillations-Geschäft

wird ein tüchtiger

Expedient

mosaischer Konfession per sofort ge-
sucht unter M. O. in der Exped.

dieser Zeitung.

Durch und Verlag von W. Decker & Co. (E. Rössel) in Posen.

Jean Fränkel, Bankgeschäft.

Berlin S.-W., Kommandantenstr. Nr. 15.

Kassa-, Zeit- und Prämien geschäfte zu eouanten Bedingungen, Couponeinlösung provisionsfrei. **Genaueste** Auskunft über alle Werthpapiere ertheile gratis und bereitwilligst.

Meinen **Börsen-Wochenbericht** sowie meine **vollständig umgearbeitete und erweiterte** Broschüre: Kapitalanlage und Spekulation in Werthpapieren mit besonderer Berücksichtigung der **Prämien geschäfte** (Zeitgeschäfte mit beschränktem Risiko) ver- sende gratis.

Posener Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft.

Tahrgeld Einnahme pro Oktober 1880 9394,60 M.

" " " " " 1881 7950,90 M.

Gummi-Boots.

A. Ruhnau & Co., Königsberg i. Pr.

Alleinige Contrahenten der **Russian-American India Rubber Co.** St. Petersburg für Posen, Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen.

Verkauf nur en-gros.

Fabrik für Elektrische Haustelegraphen.
Lauterwerke, Sicherheitsvorrichtungen rc.
Th. Steinken, Wilhelmstraße 20.

Lebende Hummer, Frische Zander, lebende Spiegelkarpfen, Frische Schelfische.

S. Samter jr.

Getr. - Geschäfte, Bureau, Aufführung, Fabriken rc.
welche e. ges. u. fr. sol. Manne, Mitte 30 J. z. 3. I. Inspektor e. gr. Gutes mit Dampf-Brennerei, m. d. best. Empfehl., gewandt in Comtoir-Arbeit, dopp. landw. Buchhaltung u. Rechnungswesen v. 1. Jan. f. J. ab unt. mäg. Anspr. Beschäftigung geben wollen, werden gebeten, ihre Adr. sub A. S. i. d. Exp. d. Ita. niederaulegen.

Anna Retschlag, geb. Koppe.

Kaufmännischer Verein.
Donnerstag, d. 10. Nov. 1881, Abends 8 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung im Vereinslokale (Restaurant Simon, Friedrichstraße.)

Tagesordnung:

1. Wahl eines Vorstandes,

2. Wahl zweier Mitglieder der Vergnügungskommission, mit dem Aussichtsdienst und Rechnungswesen vertrauter

Hofbeamte für Neujahr Stellung. Nur solche mit vorzüglichen Zeugnissen sollen sich melden.

Eine Wirthschafterin, beider Landessprachen mächtig, sucht zum 1. Januar die

Domaine Bolewitz bei Neutomischel.

Familien-Nachrichten.

Am 6. d. M. Nachts 12 Uhr starb in Ostromek im Hause meines Schwagers, des Amtsvorstebers Herrn Stief, nach langem, schweren Leiden mein letztes Kind

Anna Hedwig im Alter von 25 Jahren.

Tremessen, den 7. Novbr. 1881.

Breithor.

Gestern Abend 11 Uhr starb nach längerem schweren Leiden mein geliebter Mann, unser Sohn und Schwiegersohn, der Post-Sekretär

Eduard Arnemani im noch nicht vollendeten 37sten Lebensjahr.